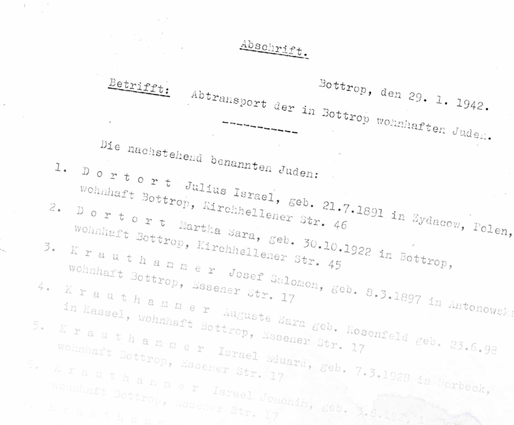
AUSSTELLUNG des Stadtarchivs Bottrop

„Betrifft: Abtransport der in Bottrop wohnhaften Juden"

Die Deportation der Bottroper Juden nach Riga 1942

Vater Julius und Tochter Martha Dortort. *(Foto: Stadtarchiv Bottrop)*



Abschrift.

Bottrop, den 29. 1. 1942.

Betrifft: Abtransport der in Bottrop wohnhaften Juden.

Die nachstehend benannten Juden:

1. D o r t o r t Julius Israel, geb. 21.7.1891 in Zydacow, Polen, wohnhaft Bottrop, Kirchhellener Str. 46
2. D o r t o r t Martha Sara, geb. 30.10.1922 in Bottrop, wohnhaft Bottrop, Kirchhellener Str. 45
3. K r a u t h a m m e r Josef Salomon, geb. 8.3.1897 in Antonowski wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
4. K r a u t h a m m e r Auguste Sara geb. Rosenfeld geb. 23.6.98 in Kassel, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
5. K r a u t h a m m e r Israel Eduard, geb. 7.3.1928 in Borbeck, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
6. K r a u t h a m m e r Israel Joachim, geb. 3.8.192[illegible] in Borbeck, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
7. K r a u t h a m m e r Israel Paul, geb. 4.5.19[illegible] in Borbeck, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17

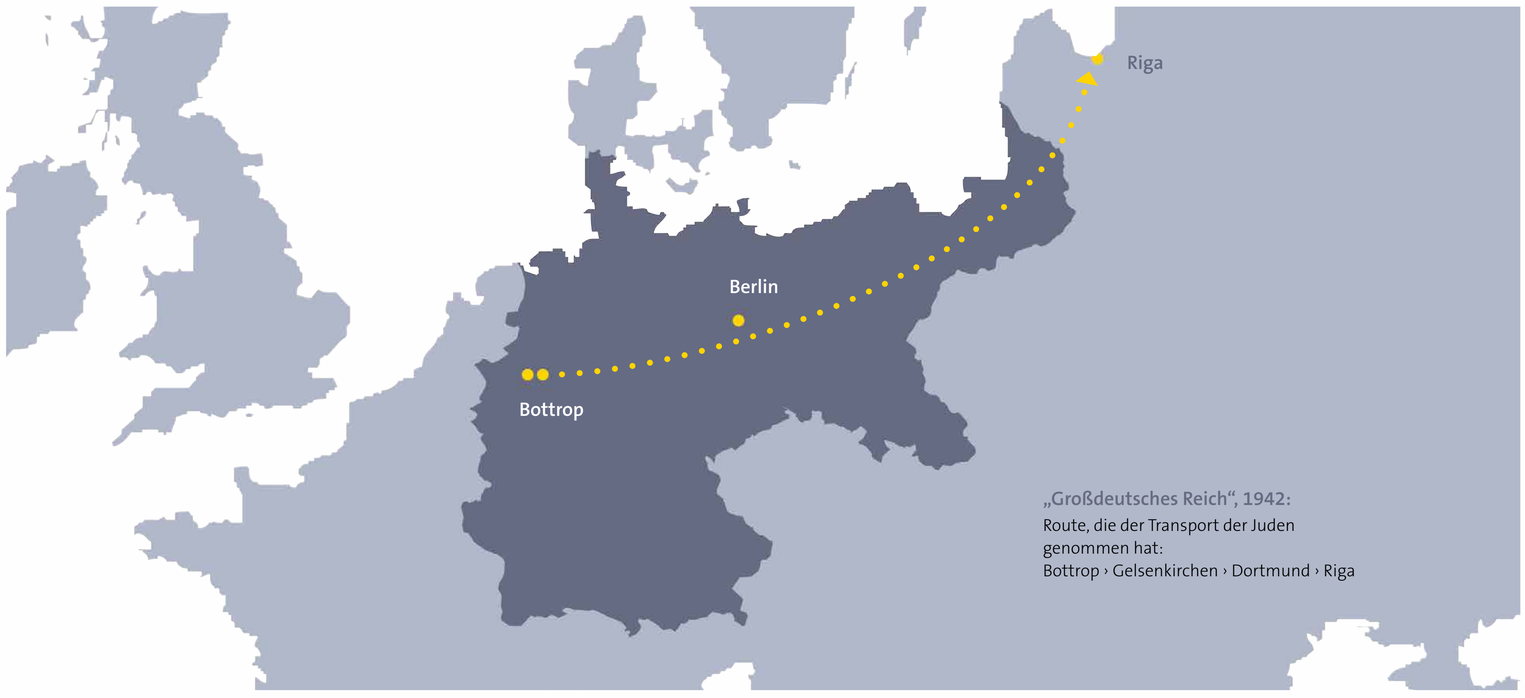
Blick auf die Gedenkstätte im Wald von Biljernieki. *(Foto: Matthias M. Ester)*

bottrop.

Sonderzug von Dortmund nach Riga

Am frühen Morgen des 27. Januar 1942 verlässt ein Sonderzug der Deutschen Reichsbahn den Hauptbahnhof Dortmund. In den Abteilen der 3. Klasse drängen sich fast 1.000 Jüdinnen und Juden aus Westfalen. Die Zugtüren werden verschlossen, ein Begleitkommando der Ordnungspolizei bewacht den Transport auf der ca. 1.650 km langen Fahrt quer durch Mitteleuropa. Nach fünf Tagen erreicht der Zug sein Ziel: Riga in Lettland, das im Krieg des nationalsozialistischen „Großdeutschen Reichs" gegen die Sowjetunion seit einem halben Jahr von deutschen Soldaten besetzt ist. Vom Vorortsbahnhof Skirotava werden die Gefangenen in ein Stadtviertel von Riga getrieben. Dort hat die Besatzungsmacht ein Ghetto für die verschleppten „Reichsjuden" eingerichtet.

13. Dezember 1941, Hauptbahnhof Bielefeld:
Sechs Wochen, bevor der Transport von Gelsenkirchen und Dortmund mit den Bottroper Juden nach Riga führte, fand der erste Massentransport westfälischer Juden statt. Der Zug startete am 13. Dezember 1941 in Münster und machte Zwischenhalte in Osnabrück und Bielefeld. Das Deportationsgeschehen vor und auf dem Bielefelder Bahnhof ist für die städtische Kriegschronik fotografisch dokumentiert worden. Fotos von der Verschleppung in Gelsenkirchen und Dortmund sind nicht überliefert.
(Foto: Stadtarchiv Bielefeld)



Unter den Deportierten befinden sich neun Bottroper Bürgerinnen und Bürger:

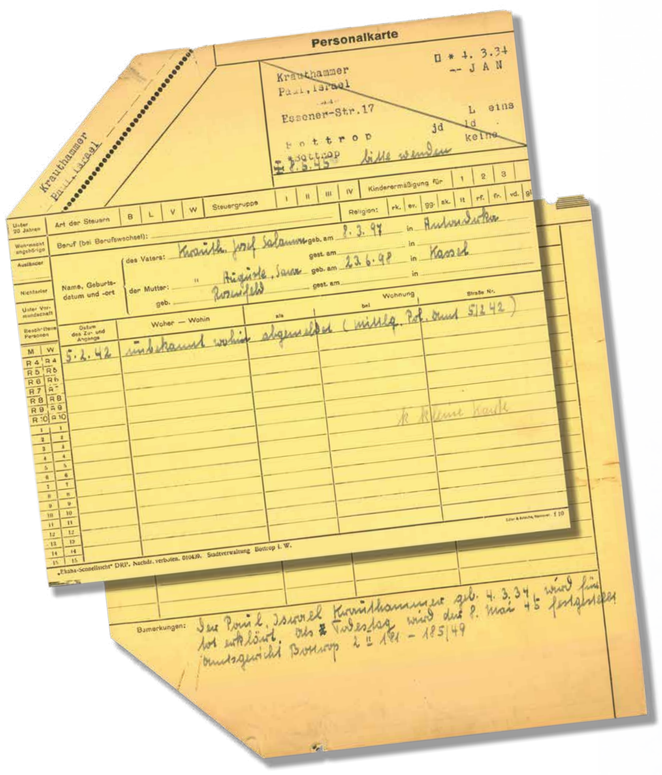
- Julius Dortort (*1891) und seine erwachsene Tochter Martha (*1922)
- Josef Salomon Krauthammer (*1897) und Ehefrau Auguste geb. Rosenfeld (*1898), die minderjährigen Söhne Eduard (*1928), Joachim (*1929) und Paul (*1934) und der Neffe Heinz Krauthammer (*1925)
- Jakob Skurnik (*1886)

Der Dortmunder Transport gehörte zu den frühen Deportationen aus dem „Großdeutschen Reich" in den besetzten Osten Europas. Zwischen Oktober 1941 und Februar 1942 sind ca. 50 Massentransporte nach Minsk, Kaunas und Riga geleitet worden. Mit ihnen ging die „Judenpolitik" der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von der Verfolgung und Vertreibung der in Deutschland lebenden Juden zur Verschleppung und Internierung im besetzten Europa über. Damit war der letzte Schritt hin zum systematischen Massenmord an den deutschen und europäischen Juden getan.

Keiner der Bottroper Verschleppten überlebt Deportation und Inhaftierung, Zwangsarbeit und Hunger, Misshandlungen und Krankheiten, Terror und Willkür. Sie werden in den folgenden zweieinhalb Jahren ermordet oder erliegen den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto und in den Lagern. Die Spuren von sechs Bottropern verlieren sich in Riga. Drei Verschleppte werden von Riga aus Richtung Westen verbracht. Ihre letzten Lebenszeichen stammen aus den Konzentrationslagern Stutthof, Dachau und Buchenwald. Sie alle zählen zu den Opfern der Shoah, der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden im Nationalsozialismus.

Lebten am 1. Juli 1932 insgesamt 208 jüdische Menschen in Bottrop, so waren es am 1. Juli 1941 nur noch zwölf Personen. Am 1. Juli 1942, knapp ein halbes Jahr nach der Riga-Deportation vom 27. Januar 1942, war Bottrop dann nahezu „judenfrei", wie es in der menschenverachtenden, judenfeindlichen Sprache der Nazis hieß.

Shoah und Holocaust:
Das hebräische Substantiv shoah, das schon im Ersten (Alten) Testament bei Jesaja 10,3 vorkommt, steht für „Katastrophe", „Untergang", „Zerstörung". Das altgriechische Partizip holocaust heißt „vollständig verbrannt". Das entsprechende Substantiv bezeichnet eine „Brandopferung" und stammt aus dem antiken Opferkult. Beide Begriffe werden heutzutage gebraucht, um den Völkermord an den europäischen Juden in der Zeit des Nationalsozialismus zu benennen. In Forschung, Bildungsarbeit und Erinnerungskultur wird inzwischen der Begriff Shoah bevorzugt.



5. Februar 1942, Einwohnermeldeamt der Stadt Bottrop:
An diesem Tag notierte ein Mitarbeiter der Stadt Bottrop auf der Meldekarteikarte von „Paul Israel Krauthammer", dass der noch nicht einmal achtjährige Junge auf der Grundlage einer Mitteilung der Bottroper Polizei am 5. Februar 1942 nach „unbekannt" abgemeldet worden ist.
Die Vorderseite der Karteikarte dokumentiert die Diskriminierung jüdischer Menschen. Der zum Januar 1939 eingeführte zusätzliche Zwangsvorname „Israel" sollte männliche deutsche Juden (er)kenntlich machen. Jüdinnen hatten den zusätzlichen Vornamen „Sara" zu führen. Zugleich sollte mit dem Eintrag verschleiert werden, dass der „Abgang" des Jungen nach „unbekannt" auf einer staatlichen Zwangsmaßnahme beruhte, von der die Stadtverwaltung wusste. Sie hatte zwei Tage nach der erfolgten Deportation nach Riga eine Liste der neun „abtransportierten" Juden erstellt, darunter auch der Name von Paul Krauthammer.
Die Rückseite der Karteikarte wiederum spiegelt die behördliche Unkenntnis über das Schicksal des Bottroper Jungen in der Nachkriegszeit wider. Erwähnt wird in einem Zusatzvermerk die Todeserklärung durch das Amtsgericht Bottrop von 1949. Darin wurde der Todestag pauschal auf den 8. Mai 1945 festgelegt, dem Tag der Kapitulation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkriegs. Geradezu gedankenlos wird in diesem Zusatzvermerk bei der Nennung des Namens von Paul Krauthammer der nationalsozialistische Zwangsvorname „Israel" wiederholt.
(Quelle: Stadtarchiv Bottrop)

Juden in der Bottroper Stadtgesellschaft 1900-1933

Mit Abteufung der Zeche Prosper I im benachbarten Borbeck 1856 begann in Bottrop das Zeitalter des Steinkohlebergbaus. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Bottrop vom Dorf zur (Groß-)Stadt, gekennzeichnet von Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und Urbanisierung. Hatte Bottrop Ende 1858 noch 3.871 Einwohner, waren es Ende 1900 schon 24.847. 1919 zählte man bereits 71.139 und Mitte 1933 schließlich 86.218 Einwohner.

Einwohner in Bottrop 1900-1933

Jahr	Einwohner *(insgesamt)*	jüdische Einwohner *(absolut u. prozentual)*
1900	24.847	55 / 0,22 %
1919	71.139	94 / 0,13 %
1933	86.218	172 / 0,19 %

Der rasante Bevölkerungszuwachs erfolgte vornehmlich durch Zuwanderung. Arbeitskräfte waren gefragt, die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur entfaltete sich. So kamen nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 vor allem polnisch- und deutschsprechende „Polen" aus der Bergbauregion in Oberschlesien nach Bottrop. Nach 1918, mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, setzte ein kontinuierlicher Zuzug von ausländischen Juden aus Galizien und Polen ein. Viele dieser sogenannten „Ostjuden" erwarben in der Weimarer Republik die deutsche Staatsbürgerschaft.

Der Anteil der jüdischen Bottroper an der Gesamtbevölkerung war gering, trotz des Zuwachses durch die osteuropäischen Juden. Am 1. Juli 1933 zählte man 172 Juden - ca. 0,2 % der Einwohnerschaft. Die Bottroper Juden gehörten seit 1856 zur Synagogengemeinde Dorsten und bildeten seit 1910 eine eigene Untergemeinde. Zur Feier der Gottesdienste suchten sie vor allem die benachbarten Kultusgemeinden in Essen, Oberhausen und Mülheim auf. Die eigenständige Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld bildete sich erst 1932. Seit Mitte der 1920er hatte die jüdische Gemeinschaft einen Betsaal. Der jüdische Friedhof war schon 1898/99 angelegt worden.

Siegel der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld, 1935
(Foto: Lück, Juden in Bottrop, Band 1, Seite 86)

Jüdischer Friedhof, Westfriedhof, An der Landwehr, ca. 1995:
Auf dem kleinen jüdischen Friedhof am Westring stehen heute noch 16 Grabsteine aus den Jahren 1901-1930. Der Friedhof ist in der NS-Zeit geschändet worden. Die liegende Gedenktafel trägt die Inschrift „Dem Gedenken unserer Toten 1933-1945". Darunter stehen neun Namen von Bottroper Juden, die zwischen 1922 und 1930 verstorben sind, deren Grabsteine vermutlich dem Vandalismus zum Opfer fielen. Die letzte Beerdigung fand 2016 statt.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

Lagergebäude Tourneaustraße 11, ca. 1995:
Der Betsaal der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld befand sich seit Mitte der 1920er Jahre im Obergeschoss eines gewerblich genutzten Lagergebäudes. Der direkte Zugang erfolgte über eine Außentreppe. Der Männer-Betsaal war ca. 45 m² groß, der später hinzugekommene Frauen-Betsaal ca. 32 m². In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 sind die Beträume verwüstet worden. Der Gebäudekomplex ist vor wenigen Jahren abgerissen worden.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

Kaufhaus „W. Heymann & Co.", Hochstraße 17, ca. 1925:
Zu den erfolgreichen und geschätzten Kaufleuten in Bottrop zählte der gebürtige Gelsenkirchener Walter Heymann. Um 1910 und um 1920 eröffnete er zwei Bekleidungsgeschäfte in zentraler Innenstadtlage (vorne rechts, links Bildmitte). Um 1929 übernahm er die Leitung des „Warenhauses Althoff" (Hansastraße, später Karstadt). Heymann engagierte sich in der jüdischen Gemeinschaft, bis er 1929 aus der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld aufgrund interner Auseinandersetzungen austrat.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

Spannungen zwischen den Juden aus Deutschland und den Juden aus Osteuropa bestimmten das innerjüdische Gemeindeleben in der Weimarer Republik. 1925 waren von 72 wahlberechtigten Bottroper Juden 71 % „Ostjuden". Die religiöse Sozialisation und kulturelle Orientierung der „deutschen Juden" war liberal-säkular, die der „Ostjuden" hingegen konservativ-orthodox geprägt. 1929 stellten die „Ostjuden" erstmals bei den Vorstandswahlen der Bottroper Kultusgemeinde die Mehrheit.

Bei den Berufen der Bottroper Juden dominierten nach 1900 die kaufmännischen Tätigkeiten im Einzelhandel, vor allem in der Lebensmittel-, Bekleidungs- und Möbelbranche. Es gab selbstständige Geschäftsinhaber und leitende Prokuristen, vor allem aber angestellte Verkäufer, Kassierer und Handlungsgehilfen. Für eine Bergbaustadt nicht verwunderlich war der Anteil der Arbeiter, darunter auch Bergarbeiter, und der Handwerker. Berufstätige mit akademischer Ausbildung waren selten. Die absolute Zahl der berufstätigen Jüdinnen war erheblich geringer, aber auch bei ihnen dominierte die angestellte Beschäftigung im Einzelhandel, gefolgt von der bezahlten Arbeit als Haushaltsgehilfin und im Bereich des Handwerks als Schneiderin.

Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft" 1933-1938

„Volksgemeinschaft" wurde definiert als „die auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamem politischen Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes [...]. Die Volksgemeinschaft ist Ausgang und Ziel der Weltanschauung und Staatsordnung des Nationalsozialismus."
(Lexikon „Volks-Brockhaus A – Z" (1943))

Am Ende der Weimarer Republik spiegelte die Bottroper Stadtgesellschaft die industrielle Moderne des frühen 20. Jahrhunderts im Ruhrgebiet wider. Der Nationalsozialismus 1933-1945 bereitete einer solchen multikulturellen Stadtgesellschaft mit dem ideologischen Konstrukt der „Volksgemeinschaft" und dem Leitbild des „deutschen Volksgenossen arischer Rasse" ein Ende.

Die rassistisch-völkische, rassenhygienisch-sozialdarwinistische Sicht auf den Menschen unterschied zwischen Höherwertigkeit und Minderwertigkeit des Individuums. Menschen wurden der „germanischen Herrenrasse" oder den „Untermenschen" zugeordnet, sie unterlagen dem Prinzip der „Auslese" und „Ausmerze", sie galten als „erbbiologisch wertvoll" und „rasserein" oder als „minderwertig" und „lebensunwert". Die Unterscheidung zwischen „deutschen Volksgenossen" „arischer Rasse" auf der einen und „Volksfeinden", „Volksschädlingen", „Gemeinschaftsfremden", „Ballastexistenzen" und „Fremdvölkischen" auf der anderen Seite entfaltete eine wirkmächtige Gesellschaftspolitik. Diese Menschen wurden bedroht und schikaniert, gedemütigt und diskriminiert, entrechtet und enteignet, schließlich vertrieben und verschleppt, interniert und ermordet.

Am radikalsten wirkten sich „Volksgemeinschafts"-Ideologie und „Rassenpolitik" in der systematischen Verfolgung und Vernichtung der Juden aus. Am Anfang stand der Ausschluss aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben. Es begann mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 und setzte sich fort mit Berufsverboten und Entzug von Handels- und Gewerbelizenzen. Die materielle Existenzgrundlage sollte entzogen werden. Zahllose Verbote benachteiligten Juden auf allen sozialen Ebenen und schlossen sie zunehmend aus dem Alltagsleben aus.

Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 gaben dem Antisemitismus eine rechtliche Grundlage. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" definierte den Tatbestand der „Rassenschande". Das „Reichsbürgergesetz" gestand die vollen politischen Rechte allein dem „Reichsbürger" zu. Dieser musste nun Staatsangehöriger „deutschen oder artverwandten Blutes" sein.

Rathaus der Stadt Bottrop mit Hakenkreuzflagge, 1933:
Das Hakenkreuz war das Symbol der völkischen Bewegung und diente seit 1920 der NSDAP als Parteifahne. 1933 ersetzten die Nationalsozialisten die verhasste schwarz-rot-gold gestreifte Nationalfahne der Weimarer Republik durch die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreichs. Zugleich wurde die Hakenkreuzfahne als zusätzliche Nationalfahne angeordnet, bevor dann 1935 die Hakenkreuzflagge zum alleinigen Nationalsymbol bestimmt wurde. Es sollte damit die zunehmende Verschmelzung von Staat und Partei in der Diktatur symbolisch sichtbar gemacht werden.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

Zu den Menschen, die in der Zeit der nationalsozialistischen Unrechts- und Terrorherrschaft aus politischen, rassistischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden, zählten:

- Juden
- Sinti und Roma
- Kommunisten und Sozialisten
- Konservative und Liberale
- Gewerkschafter
- Pazifisten
- Katholiken und Protestanten
- Zeugen Jehovas
- psychisch Kranke und geistig Behinderte
- Homosexuelle
- Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Aufmarsch von NSDAP-Organisationen vor dem Bottroper Rathaus:
Die öffentliche Inszenierung von Partei und Staat, von „Volksgemeinschaft" und „Führerkult" sollte die Herausbildung einer nationalsozialistischen Glaubens- und Handlungsgemeinschaft unterstützen. Die zahlreichen Gliederungen und Organisationen der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) propagierten den Mythos der „Volksgemeinschaft" – und schärften damit immer auch den Blick auf jene Menschen, die es auszugrenzen und „auszumerzen" galt.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

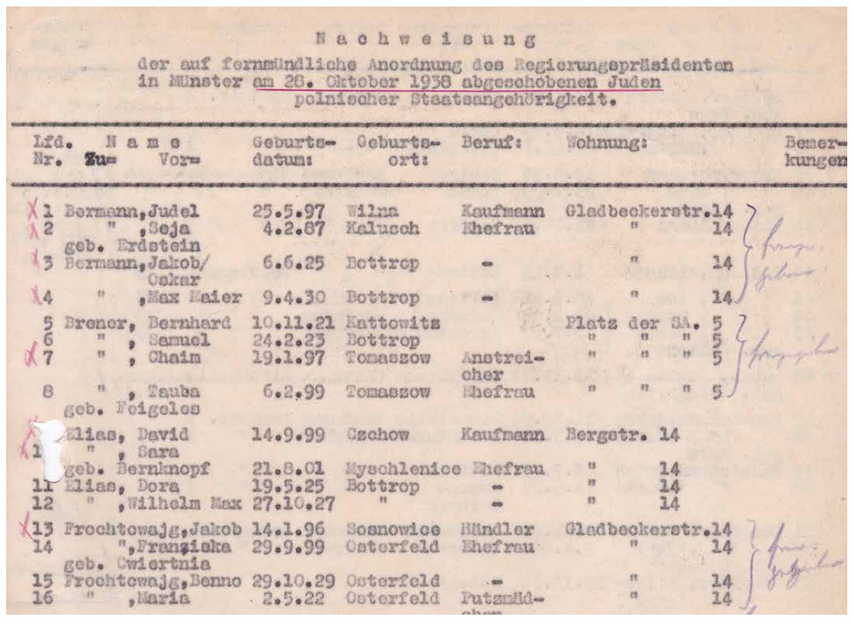
Die Eskalation der staatlichen Gewalt gegen Juden 1938-1941

Zwischen Herbst 1938 und Herbst 1941 eskalierte die staatliche Gewalt gegen Juden im Deutschen Reich und somit auch in Bottrop. Die gewaltsamen Kollektivmaßnahmen der Vertreibung und Verschleppung begannen mit der „Abschiebung" von aus Polen eingewanderten Juden. Drei Jahre später spitzten sich die Zwangsmaßnahmen „ethnischer Säuberungen" zu mit den beginnenden Massendeportationen der deutschen Juden in die Ghettos und Vernichtungslager im besetzten Osteuropa.

Zwangsausweisung 28./29. Oktober 1938

Den Auftakt der Zwangsmigrationen bildete die „Abschiebung" von Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die nach Deutschland eingewandert waren, ohne später die deutsche Staatsbürgerschaft erworben zu haben. Es handelte sich um ca. 60.000 polnisch-jüdische Menschen. 1938 hatten sich die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Polen und Deutschland verschärft. Beide Seiten verfolgten antisemitische Ziele – die einen wollten eine massenhafte Rückkehr nach Polen verhindern, die anderen den Verbleib in Deutschland beenden. Mitte Oktober 1938 verfügte die polnische Regierung, dass die polnischen Pässe von Juden in Deutschland zum Ende des Monats unter bestimmten Umständen ungültig werden. Die Folge wäre gewesen, dass das Deutsche Reich die polnischen Juden nicht mehr hätte abschieben können, weil sie rechtlich gesehen staatenlos geworden wären.

Das Nazi-Regime kam der polnischen Initiative zuvor mit der überraschenden Zwangsausweisung von ca. 17.000 polnischen Juden am 28./29. Oktober 1938. In der reichsweiten „Polenaktion" wurden am 28. Oktober 1938 insgesamt 56 Bottroper Juden verhaftet, darunter 23 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren, und im Polizeigefängnis eingesperrt. Nach dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis erfolgte einen Tag später die Verschleppung vom Bottroper Bahnhof aus über Dortmund nach Polen ins westliche Grenzgebiet nach Zbąszyń (Bentschen). Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg, Deutschland überfiel Polen – und die nach Polen „abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit" aus Bottrop waren fortan mit der systematischen Verfolgung und Ermordung jüdischen Lebens in Osteuropa konfrontiert.



Nachweisung
der auf fernmündliche Anordnung des Regierungspräsidenten in Münster am 28. Oktober 1938 abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

Lfd. Nr.	Name Zu-	Name Vor-	Geburtsdatum:	Geburtsort:	Beruf:	Wohnung:	Bemerkungen
1	Bermann,	Judel	25.5.97	Wilna	Kaufmann	Gladbeckerstr. 14	
2	"	,Seja geb. Erdstein	4.2.87	Kalusch	Ehefrau	" 14	
3	Bermann,	Jakob/ Oskar	6.6.25	Bottrop	-	" 14	
4	"	,Max Maier	9.4.30	Bottrop	-	" 14	
5	Broner,	Bernhard	10.11.21	Kattowitz		Platz der SA. 5	
6	"	, Samuel	24.2.23	Bottrop		" " " 5	
7	"	, Chaim	19.1.97	Tomaszow	Anstreicher	" " " 5	
8	"	, Tauba geb. Feigeles	6.2.99	Tomaszow	Ehefrau	" " " 5	
9	Elias,	David	14.9.99	Czchow	Kaufmann	Bergstr. 14	
10	"	, Sara geb. Bernknopf	21.8.01	Myschlenice	Ehefrau	" 14	
11	Elias,	Dora	19.5.25	Bottrop	-	" 14	
12	"	,Wilhelm Max	27.10.27	"	-	" 14	
13	Frochtowajg,	Jakob	14.1.96	Sosnowice	Händler	Gladbeckerstr. 14	
14	"	,Franziska geb. Cwiertnia	29.9.99	Osterfeld	Ehefrau	" 14	
15	Frochtowajg,	Benno	29.10.29	Osterfeld	-	" 14	
16	"	,Maria	2.5.22	Osterfeld	Putzmäd-	" 14	

28. Oktober 1938, Auflistung des Polizeiamts Bottrop mit den Namen der Juden, die in der „Polenaktion" verschleppt wurden:
Die Liste umfasst 57 Personen, Ehepaare und ihre Kinder sowie Alleinstehende. Auffällig ist, dass die Elterngeneration durchgängig in Polen und Galizien geboren wurde, während die Kindergeneration im Ruhrgebiet zur Welt kam. Eine der aufgelisteten Personen konnte wegen Erkrankung nicht abgeschoben werden.
(Quelle: Stadtarchiv Bottrop)

Bericht von Minna Reder über die Abholung am 28.10.1938

Minna Reder (*27.11.1927 Bottrop) schildert die Abholung von ihr und ihren Eltern aus der Bottroper Wohnung Pferdemarkt 3 am 28. Oktober 1938. Ihre Eltern Abraham Josef Reder (*1896) und Rosa Reder geb. Mayer (*1899) waren polnische Juden aus Galizien. Die Eltern wurden 1944 im KZ Krakau-Płaszów ermordet, Minna Reder überlebte, sie heiratete und lebte als Miriam Herman in den USA.

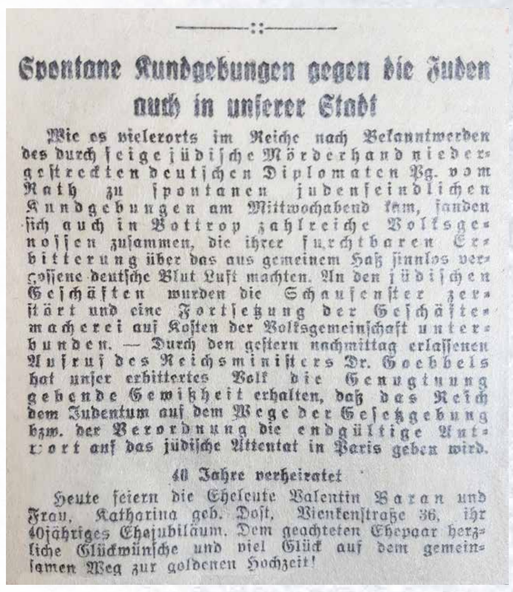
„Als ich am nächsten Morgen aus dem Schlafzimmer kam, sah ich fremde Männer in unserer Wohnung und meine Mutter auf dem Stuhl sitzen und weinen. Mein Vater sagte, ich solle mich schnell anziehen. Die Männer sagten nur knapp zu meinen Eltern: ‚Packt eure Sachen, ihr müsst jetzt mitkommen!' Mein Vater hat zwei Koffer eingepackt, wir mussten die Wohnung verlassen, die Tür wurde abgeschlossen, und [...] man brachte uns zum Gefängnis in Bottrop. Ich erinnere mich an einen schwarz oder dunkel glänzenden Fußboden. Wir wurden in eine Zelle gebracht. [...] Am Nachmittag kam unsere Nachbarin, Frau Tillinger. Tillingers waren rumänische Juden, sie waren von der Verhaftungsaktion nicht betroffen. [...] Man erlaubte, dass ich mit Frau Tillinger in die Stadt ging, sie wollte mir ein warmes Kleid für die Reise kaufen."
(Lück, Juden in Bottrop, Band 1, Seite 176)

Pogrom 9./10. November 1938

Zwei Wochen später: Am Abend des 9. November 1938, des Gedenktags an die „gefallenen Helden" des Hitlerschen Putschversuchs in München (1923), fand eine propagandistisch inszenierte Gedenkveranstaltung der NSDAP in der Bottroper Berufsschule statt. An ihr nahmen auch Parteiorganisationen wie SA (Sturmabteilung), SS (Schutzstaffel) und HJ (Hitlerjugend) teil. Zugleich ging von der obersten Staats- und Parteiführung die Initiative aus, Kundgebungen gegen die jüdische Bevölkerung für den Abend vorzubereiten – als Reaktion auf die Ermordung eines deutschen Diplomaten in Paris durch einen in Deutschland geborenen polnischen Staatsangehörigen jüdischer Herkunft.

Nach dem Ende der Veranstaltung in Bottrop zogen viele Teilnehmer durch die Straßen. Ihr Weg führte zu den Geschäften und Wohnungen jüdischer Einwohner. Als Schlägertrupp der Nationalsozialisten tat sich die „SA-Standarte 15 Bottrop" hervor. Die Bilanz der materiellen Schäden und Zerstörungen, der Gewalttätigkeiten und Einschüchterungen, der Plünderungen und Diebstähle ist erschütternd. Allein 31 Bottroper Juden wurden „in polizeiliche Verwahrung" genommen, die jüngsten waren zwei bzw. drei Jahre alt, die ältesten 63 bzw. 79 Jahre. Vier Männer wurden von der Gestapo in „Schutzhaft" genommen, also ohne richterliche Kontrolle, die übrigen wurden am nächsten Tag entlassen.

Was als „spontane Kundgebung" und „Empörung des Volkes" erscheinen sollte, war eine vor allem auf der Ebene der Parteiorganisationen vorbereitete und auf unterster, lokaler Ebene vollzogene Terroraktion gegen die jüdische Bevölkerung. In dieser Nacht ist vor aller Augen die physische Vernichtung der Juden als Ziel der nationalsozialistischen Gewalt- und Unrechtherrschaft erkennbar geworden.



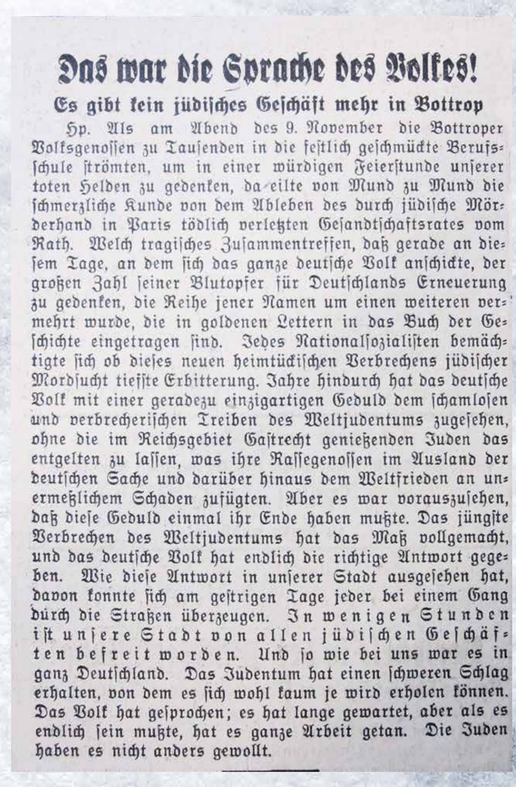
Spontane Kundgebungen gegen die Juden auch in unserer Stadt

Wie es vielerorts im Reiche nach Bekanntwerden des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Pg. vom Rath zu spontanen judenfeindlichen Kundgebungen am Mittwochabend kam, fanden sich auch in Bottrop zahlreiche Volksgenossen zusammen, die ihrer furchtbaren Erbitterung über das aus gemeinem Haß sinnlos vergossene deutsche Blut Luft machten. An den jüdischen Geschäften wurden die Schaufenster zerstört und eine Fortsetzung der Geschäftemacherei auf Kosten der Volksgemeinschaft unterbunden. — Durch den gestern nachmittag erlassenen Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels hat unser erbittertes Volk die Genugtuung gebende Gewißheit erhalten, daß das Reich dem Judentum auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris geben wird.

40 Jahre verheiratet

Heute feiern die Eheleute Valentin Baran und Frau, Katharina geb. Dost, Wienkenstraße 36, ihr 40jähriges Ehejubiläum. Dem geachteten Ehepaar herzliche Glückwünsche und viel Glück auf dem gemeinsamen Weg zur goldenen Hochzeit!

(Quelle: Stadtarchiv Bottrop)



Das war die Sprache des Volkes!

Es gibt kein jüdisches Geschäft mehr in Bottrop

Hp. Als am Abend des 9. November die Bottroper Volksgenossen zu Tausenden in die festlich geschmückte Berufsschule strömten, um in einer würdigen Feierstunde unserer toten Helden zu gedenken, da eilte von Mund zu Mund die schmerzliche Kunde von dem Ableben des durch jüdische Mörderhand in Paris tödlich verletzten Gesandtschaftsrates vom Rath. Welch tragisches Zusammentreffen, daß gerade an diesem Tage, an dem sich das ganze deutsche Volk anschickte, der großen Zahl seiner Blutopfer für Deutschlands Erneuerung zu gedenken, die Reihe jener Namen um einen weiteren vermehrt wurde, die in goldenen Lettern in das Buch der Geschichte eingetragen sind. Jedes Nationalsozialisten bemächtigte sich ob dieses neuen heimtückischen Verbrechens jüdischer Mordsucht tiefste Erbitterung. Jahre hindurch hat das deutsche Volk mit einer geradezu einzigartigen Geduld dem schamlosen und verbrecherischen Treiben des Weltjudentums zugesehen, ohne die im Reichsgebiet Gastrecht genießenden Juden das entgelten zu lassen, was ihre Rassegenossen im Ausland der deutschen Sache und darüber hinaus dem Weltfrieden an unermeßlichem Schaden zufügten. Aber es war vorauszusehen, daß diese Geduld einmal ihr Ende haben mußte. Das jüngste Verbrechen des Weltjudentums hat das Maß vollgemacht, und das deutsche Volk hat endlich die richtige Antwort gegeben. Wie diese Antwort in unserer Stadt ausgesehen hat, davon konnte sich am gestrigen Tage jeder bei einem Gang durch die Straßen überzeugen. In wenigen Stunden ist unsere Stadt von allen jüdischen Geschäften befreit worden. Und so wie bei uns war es in ganz Deutschland. Das Judentum hat einen schweren Schlag erhalten, von dem es sich wohl kaum je wird erholen können. Das Volk hat gesprochen; es hat lange gewartet, aber als es endlich sein mußte, hat es ganze Arbeit getan. Die Juden haben es nicht anders gewollt.

(Foto: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen)

11. November 1938, Berichterstattung über die Pogromnacht in Bottrop in der Tagespresse:
Die gleichgeschaltete „Bottroper Volkszeitung"(links) rechtfertigt die Taten der „Volksgenossen" und betont das Recht der „Volksgemeinschaft" zu handeln. Die „National-Zeitung" (rechts), die Parteizeitung der NSDAP im Raum Gladbeck, Bottrop und Dorsten, sieht das „deutsche Volk" als Akteur und ruft indirekt zur weiteren Tatortbesichtigung auf, indem sie auf die neugierigen Gaffer am Tag nach den Ausschreitungen verweist. Angaben zur konkreten Täterschaft vor Ort werden umgangen, sind auch nicht nötig, denn das „Volk hat gesprochen".

„Betrifft: Abtransport der in Bottrop wohnhaften Juden"

Die Deportation der Bottroper Juden nach Riga 1942

10. November 1938, Spuren der Verwüstung in Bottrop:
Das Fotoalbum der SA-Standarte 15 Bottrop für die Monate Juni - Dezember 1938 enthält zahlreiche Fotografien, Zeitungsberichte und Tagesbefehle zu Einsatzübungen und Sportwettkämpfen, Propagandafeiern und Ausflügen, die den Alltag der paramilitärischen Kampfeinheit der NSDAP widerspiegeln. Darunter befindet sich auch eine Fotostrecke von 21 Aufnahmen, die die Schäden der Pogromnacht an den Geschäften und Häusern jüdischer Bottroper am Tag danach dokumentieren.
(Fotos: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen)

Das Möbelgeschäft der Familie Redisch (Schützenstr. 23) wurde verwüstet. Die vierköpfige Familie war zwei Wochen zuvor im Rahmen der „Polenaktion" nach Zbąszyń abgeschoben worden.

Ein SA-Mann patrouilliert vor einem Möbelhaus, wahrscheinlich dem von Alfred Cohn (Essener Straße 2).

Uniformierte Polizisten inspizieren auf dem Bürgersteig die Überreste des Möbelgeschäfts Reichenstein & Reinharz (Gladbecker Straße 14).

Passanten lassen sich vor den Schaufenstern des zerstörten Möbelgeschäfts von Naftal Kleinberger (Horster Straße 30) fotografieren. Den Männern ist nicht Entsetzen und Abscheu ins Gesicht geschrieben.

Vertreibung nach 1938

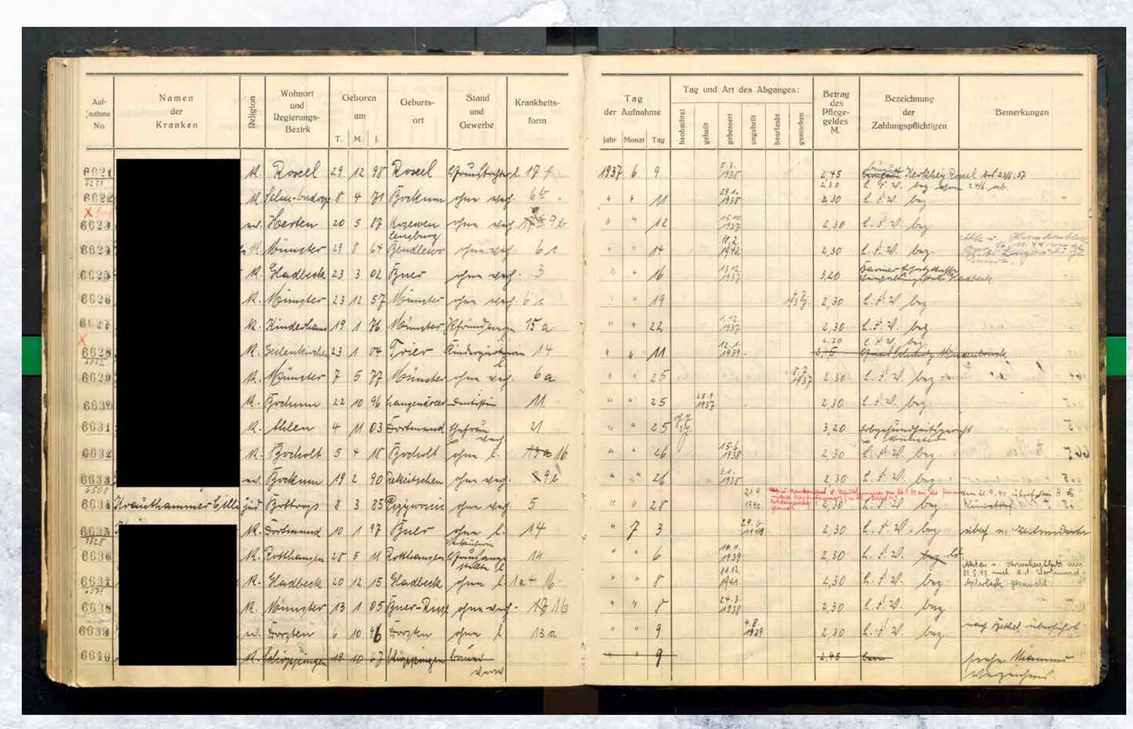
Der Gewaltexzess der Pogromnacht radikalisierte die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden, wirtschaftlich und existenziell. Die Pogromnacht verdeutlichte den Opfern, dass sie aus ihrer Heimat vertrieben werden sollten. Die repressive „Schutzhaft" sollte die „Auswanderung" beschleunigen, die wirtschaftliche Ausplünderung und Enteignung erhöhte den Druck. Am 1. Juli 1938 lebten noch 89 Juden in Bottrop, ein Jahr später, nach Zwangsausweisung und Pogrom, waren es nur noch ein Drittel, 29 Personen. Der Kriegsbeginn 1939 führte zu weiteren Fluchten, so dass Mitte 1940 nur noch 15 jüdische Menschen statistisch erfasst wurden.

„Euthanasie"-Morde an jüdischen Patienten 1940/41

Jüdische Patienten in psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalten waren doppelt bedroht: Sie wurden seit 1933 als Juden diskriminiert und verfolgt und seit Herbst 1939 als Patienten im Rahmen „erb- und rassenhygienischer" Maßnahmen selektiert, verschleppt und ermordet. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens" in der „Aktion T4" führte 1940/41 zur systematischen Ermordung von ca. 70.000 Menschen, die mit körperlichen, geistigen und psychischen Krankheiten und Behinderungen in Heil- und Pflegeanstalten hospitalisiert waren. Nach Protesten in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt aus der evangelischen und katholischen Kirche, stoppte Hitler die „Aktion Gnadentod" am 24. August 1941. Der Patientenmord ging insgeheim weiter, jetzt nicht mehr in sechs zentralen Tötungsanstalten mittels Gas, sondern dezentral in den Heil- und Pflegeanstalten durch Nahrungsentzug und absichtliche Fehlmedikation. Insgesamt sind ca. 200.000 Menschen den „Euthanasie"-Morden zum Opfer gefallen.

Die „Ostjüdin" Cilli Krauthammer geb. Dier, 1885 in Galizien geboren und seit 1913 mit ihrem Mann Adolf Krauthammer in Bottrop ansässig, wurde am 28. Juni 1937 in die Provinzial-Heilanstalt Münster aufgenommen. Sie litt an einer chronischen Gehirnentzündung („Encephalitis epidemica"). Am 21. September 1940 erfolgte die „Verlegung" in die Heil- und Pflegeanstalt Wunstorf, aber nicht zur Fortsetzung von Therapie und Pflege, sondern als kurze Zwischenstation auf dem Weg in die Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel. Dort kam sie am 27. September 1940 an und wurde sehr wahrscheinlich noch am selben Tag durch Gas ermordet.

Der Sammeltransport von Wunstorf nach Brandenburg war Teil einer „Sonderaktion", mit der in einer frühen Phase der „Aktion T4" ca. 2.000 jüdische Anstaltspatienten in sechs Tötungsanstalten zwangsweise verbracht und ermordet wurden. Die „Sonderaktion" hat einen besonderen Stellenwert im nationalsozialistischen Vernichtungsgeschehen. Der Mord an jüdischen Anstaltspatienten bildete den Auftakt zur systematischen Ermordung der deutschen Juden. Zugleich diente der Massenmord an jüdischen Patienten in Tötungsanstalten durch Gas der Erprobung schnellen, effizienten Tötens, wie es später ab Mitte 1942 in den Gaskammern der ersten Vernichtungslager im besetzten Polen in Belzec, Sobibor und Treblinka praktiziert wurde. Am Ende dieser Entfesselung der verbrecherischen Gewalttätigkeiten und der gewaltsam erzwungenen Zwangsmigrationen standen die Deportationen, beginnend im Herbst 1941.



28. Juni 1937, Aufnahme von Cilli Krauthammer in die Provinzial-Heilanstalt Münster:
Das Aufnahmebuch der Münsteraner Heilanstalt dokumentiert nicht nur den Tag der Aufnahme und der Entlassung der Bottroperin, sondern deutet indirekt das weitere Schicksal der Patientin an. In roter Schrift ist die Zusatzinformation zu lesen: „Akten u. Krankengesch[ichte] d. Krauthammer am 26.9.40 an die Gemeinnützige Krankentransport G.m.b.H. Berlin W.9. Potsdamerplatz 1 gesandt". Rechts daneben ist noch die Heilanstalt erwähnt, zu der Cilli Krauthammer von Münster aus verbracht wurde: „am 21.9.40 überf[ührt] in H.A. Wunstorf". Die Krankentransportgesellschaft (kurz: Gekrat) war der Tarnname für eine Unterabteilung der Zentraldienststelle T4, die für den Transport der Kranken im Rahmen der Krankenmorde verantwortlich war.
(Quelle: LWL-Archiv Münster)

Die Deportation aus dem nördlichen Ruhrgebiet nach Riga am 27. Januar 1942

Die endgültige Entscheidung für systematische Massendeportationen aus dem „Großdeutschen Reich" ist wohl erst im Sommer 1941 von Hitler per „Führererlaß" getroffen worden. Sie hing zusammen mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Der Eroberungs- und Vernichtungskrieg ermöglichte nicht nur den Massenmord an der einheimischen jüdischen Bevölkerung im besetzten Osteuropa. Der Kriegsverlauf bot auch die Gelegenheit, die geplanten Deportationen von Juden aus Deutschland durchzuführen, um sie an der östlichen Peripherie des besetzten Machtbereichs in Ghettos und Lagern zu internieren und zu ermorden.

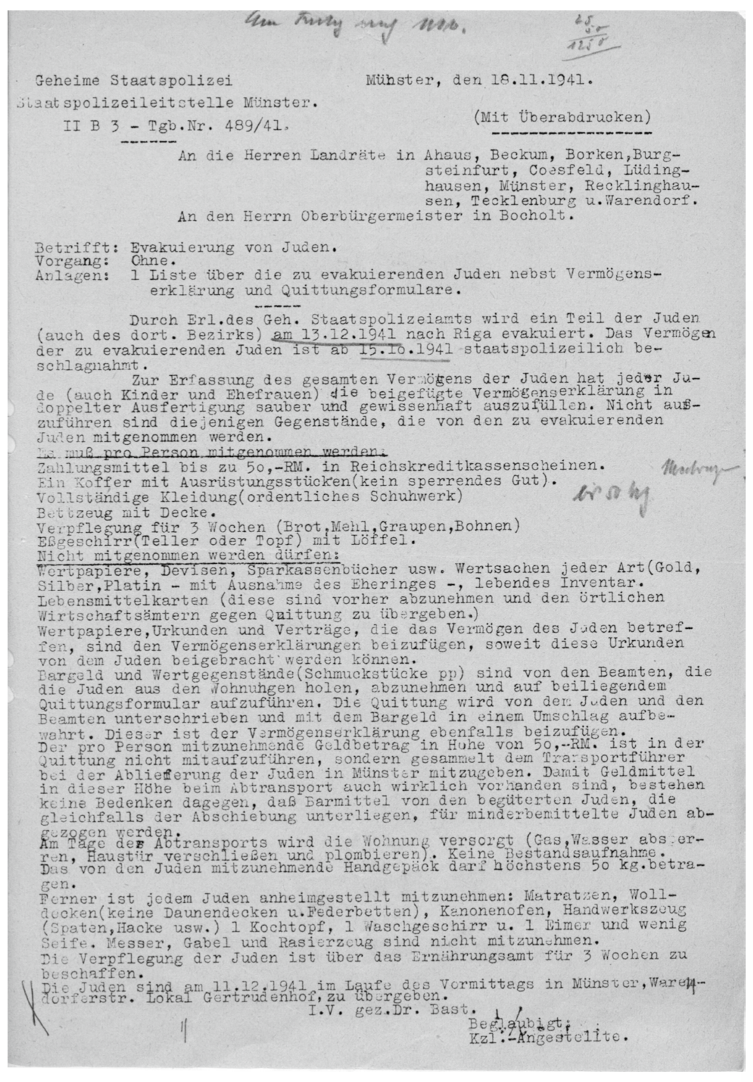
Anfang Oktober 1941 war klar, dass die ersten Deportationen nach Minsk (Weißrussland), Kaunas (Litauen) und Riga (Lettland) im sogenannten „Reichskommissariat Ostland" führen sollten. Von den anstehenden Deportationen waren jene Juden betroffen, die bislang nicht bereit oder finanziell bzw. gesundheitlich nicht in der Lage waren, Deutschland zu verlassen. Damit trat bei der „Säuberung des deutschen Lebensraums von Juden", so eine Formulierung aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz in Berlin am 22. Januar 1942 zur „Endlösung der europäischen Judenfrage", die Verschleppung an die Stelle der Vertreibung.

Bürokraten und Behörden haben die Deportationen organisiert. Ganz oben stand das Berliner Reichssicherheitshauptamt mit Reinhard Heydrich an der Spitze und mit Adolf Eichmann im Referat IV B 4 als Spezialist für „Juden- und Räumungsangelegenheiten". Am unteren Ende führten die regionalen und lokalen Behörden der Polizei (Gestapo sowie Schutz- und Ordnungspolizei) auf der einen und der Kommunal- und Finanzverwaltungen auf der anderen Seite die Anweisungen aus. Beteiligt waren u.a. die kommunalen Einwohnermelde-, Wohlfahrts- und Wohnungsämter, die Finanzämter und auch Banken und Sparkassen. Das Hauptaugenmerk in der Vorbereitung der Verschleppungen lag auf der Vermögensabwicklung – der letzte Akt der finanziellen und materiellen Ausplünderung der Juden und der Bereicherung seitens des Staats. Die arbeitsteilige und hierarchische Verwaltungsarbeit hatte zur Folge, dass sich bei der Mitwirkung am Deportationsgeschehen kaum ein Beteiligter die Frage nach der individuellen Mitverantwortung stellen wollte oder musste.

Die erste der 25 Deportationen, die Riga zum Ziel hatten, ging am 27. November 1941 von Berlin aus. Der sogenannte Dortmunder Transport vom 27. Januar 1942, mit dem die neun Bottroper Juden verschleppt wurden, war schon der 19. Transport, der nach Riga führte. Dieser Transport sollte in zwei zentralen Städten des nördlichen Ruhrgebiets zusammengestellt werden, in Gelsenkirchen und Dortmund. Die für Gelsenkirchen zuständige Staatspolizeileitstelle der Gestapo in Münster ordnete die Vorbereitung der Deportation an, indem die untergeordneten Außenstellen der Staatspolizei mit der Zuführung der betroffenen Juden zur zentralen Sammelstelle in Gelsenkirchen beauftragt wurden. So kam es, dass von Gelsenkirchen aus vornehmlich Juden aus den umliegenden Gestapo-Sprengeln Gelsenkirchen, Recklinghausen, Gladbeck und Bottrop deportiert wurden.

Seit dem 20. Januar 1942 dienten in Gelsenkirchen die städtischen Ausstellungshallen am Wildenbruchplatz in der Nähe des Güterbahnhofs als Sammelstelle. Knapp 500 Männer, Frauen und Kinder sind aus dem Gestapo-Bezirk dorthin verbracht und registriert worden, darunter allein 355 Gelsenkirchener. Am 24. Januar trafen die neun Bottroper Juden in Gelsenkirchen ein. Gleichzeitig wurde in Dortmund die Deportation aus den umliegenden Gestapo-Sprengeln vorbereitet. Die Dortmunder Sammelstelle befand sich in der Gaststätte „Zur Börse" in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof. Die Schutzpolizei bewachte die Gefangenen in den Sammellagern, die Kriminalpolizei nahm ihnen die letzten Wertgegenstände und Geldbeträge ab. Zahlreiche Demütigungen und Misshandlungen erniedrigten die zu Deportierenden in der Woche vor der Abfahrt des Massentransports. In Gelsenkirchen nahm sich eine Frau angesichts der Ungewissheit der Zukunft das Leben, in Dortmund erschoss vermutlich ein Gestapo-Polizist einen Mann.

Nachdem der Gelsenkirchener Teilzug den Dortmunder Bahnhof erreicht hatte, wurde dieser dem Dortmunder Teilzug angehängt. Am frühen Morgen des 27. Januar 1942 verließ der Dortmunder Transport das nördliche Ruhrgebiet Richtung Riga. Insgesamt befanden sich nun ca. 1.000 Personen aus zahlreichen Städten und Dörfern der Regierungsbezirke Münster und Arnsberg im Dortmunder Transport nach Riga.



Geheime Staatspolizei Münster, den 18.11.1941.
Staatspolizeileitstelle Münster.
II B 3 - Tgb.Nr. 489/41.
(Mit Überabdrucken)

An die Herren Landräte in Ahaus, Beckum, Borken, Burgsteinfurt, Coesfeld, Lüdinghausen, Münster, Recklinghausen, Tecklenburg u.Warendorf.
An den Herrn Oberbürgermeister in Bocholt.

Betrifft: Evakuierung von Juden.
Vorgang: Ohne.
Anlagen: 1 Liste über die zu evakuierenden Juden nebst Vermögenserklärung und Quittungsformulare.

Durch Erl.des Geh. Staatspolizeiamts wird ein Teil der Juden (auch des dort. Bezirks) am 13.12.1941 nach Riga evakuiert. Das Vermögen der zu evakuierenden Juden ist ab 15.10.1941 staatspolizeilich beschlagnahmt.

Zur Erfassung des gesamten Vermögens der Juden hat jeder Jude (auch Kinder und Ehefrauen) die beigefügte Vermögenserklärung in doppelter Ausfertigung sauber und gewissenhaft auszufüllen. Nicht aufzuführen sind diejenigen Gegenstände, die von den zu evakuierenden Juden mitgenommen werden.

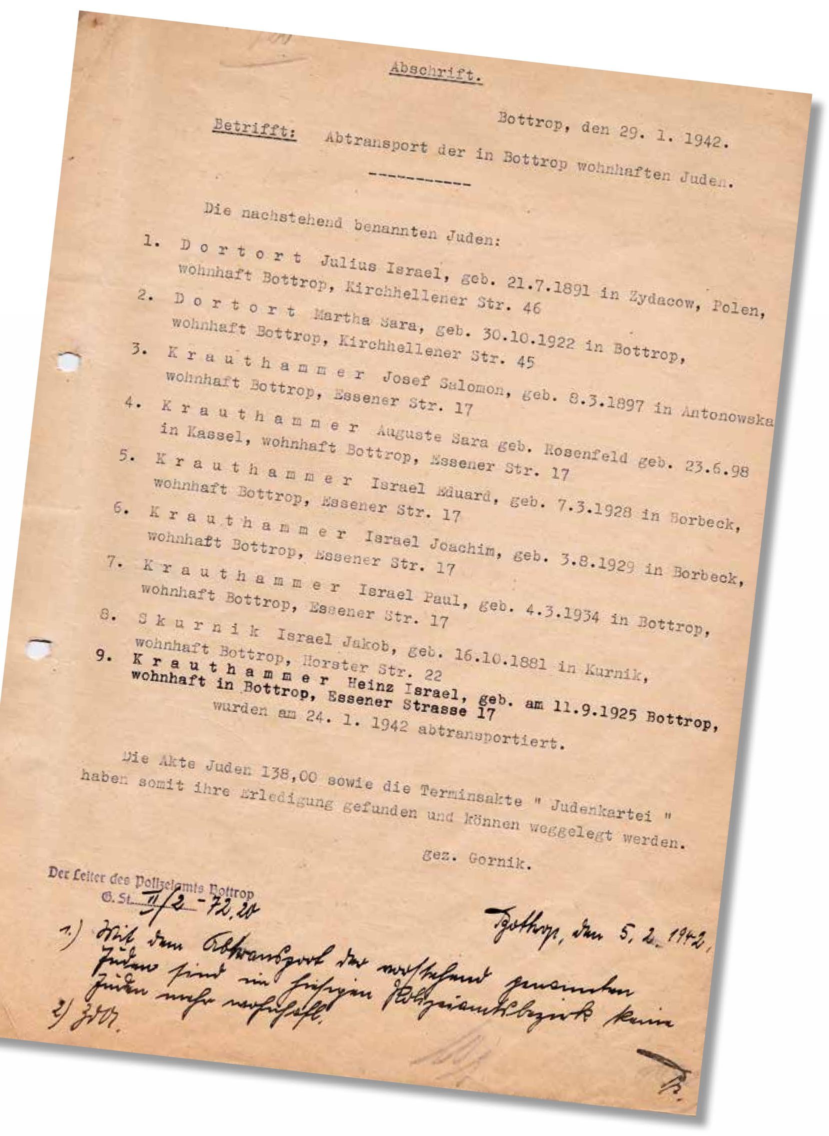
Es muß pro Person mitgenommen werden:
Zahlungsmittel bis zu 50,-RM. in Reichskreditkassenscheinen.
Ein Koffer mit Ausrüstungsstücken (kein sperrendes Gut).
Vollständige Kleidung (ordentliches Schuhwerk)
Bettzeug mit Decke.
Verpflegung für 3 Wochen (Brot, Mehl, Graupen, Bohnen)
Eßgeschirr (Teller oder Topf) mit Löffel.

Nicht mitgenommen werden dürfen:
Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw. Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin - mit Ausnahme des Eheringes -, lebendes Inventar.
Lebensmittelkarten (diese sind vorher abzunehmen und den örtlichen Wirtschaftsämtern gegen Quittung zu übergeben.)
Wertpapiere, Urkunden und Verträge, die das Vermögen des Juden betreffen, sind den Vermögenserklärungen beizufügen, soweit diese Urkunden von dem Juden beigebracht werden können.
Bargeld und Wertgegenstände (Schmuckstücke pp) sind von den Beamten, die die Juden aus den Wohnungen holen, abzunehmen und auf beiliegendem Quittungsformular aufzuführen. Die Quittung wird von dem Juden und den Beamten unterschrieben und mit dem Bargeld in einem Umschlag aufbewahrt. Dieser ist der Vermögenserklärung ebenfalls beizufügen.
Der pro Person mitzunehmende Geldbetrag in Höhe von 50,-RM. ist in der Quittung nicht mitaufzuführen, sondern gesammelt dem Transportführer bei der Ablieferung der Juden in Münster mitzugeben. Damit Geldmittel in dieser Höhe beim Abtransport auch wirklich vorhanden sind, bestehen keine Bedenken dagegen, daß Barmittel von den begüterten Juden, die gleichfalls der Abschiebung unterliegen, für minderbemittelte Juden abgezogen werden.
Am Tage des Abtransports wird die Wohnung versorgt (Gas, Wasser absperren, Haustür verschließen und plombieren). Keine Bestandsaufnahme.
Das von den Juden mitzunehmende Handgepäck darf höchstens 50 kg.betragen.
Ferner ist jedem Juden anheimgestellt mitzunehmen: Matratzen, Wolldecken (keine Daunendecken u.Federbetten), Kanonenofen, Handwerkszeug (Spaten, Hacke usw.) 1 Kochtopf, 1 Waschgeschirr u. 1 Eimer und wenig Seife. Messer, Gabel und Rasierzeug sind nicht mitzunehmen.
Die Verpflegung der Juden ist über das Ernährungsamt für 3 Wochen zu beschaffen.
Die Juden sind am 11.12.1941 im Laufe des Vormittags in Münster, Warendorferstr. Lokal Gertrudenhof, zu übergeben.

I.V. gez.Dr. Bast.

Beglaubigt:
Kzl.-Angestellte.

18. November 1941, Anordnung der Staatspolizeileitstelle Münster an die Landräte und Oberbürgermeister des Münsterlands im Gestapobezirk Münster Stadt und Land:
Die Anordnung der Gestapo bezog sich auf den Transport von Münster über Osnabrück und Bielefeld nach Riga, mit dem am 13. November 1941 u.a. die münsterländischen Juden deportiert wurden. Sie entspricht den Vorgaben aus Berlin, wie sie auch die Gestapo-Außenstellen im nördlichen Ruhrgebiet im Vorfeld des Transports vom 27. Januar 1941 umgesetzt hatten.
Die Anordnung teilt mit, was die von der Deportation betroffenen Juden an Ausstattung mitnehmen müssen für die Tage des Transports und die erste Zeit in Riga – und was verboten ist bzw. was geduldet wird. Schwerpunkt ist jedoch die „Erfassung des gesamten Vermögens" und der Umgang mit den beschlagnahmten Vermögenswerten, von Bargeld bis Wohnungseigentum. Ein Barbetrag von 50,00 Reichsmark pro Person ist in der Sammelstelle abzugeben - es sind die Fahrtkosten der Reichsbahn. Der Zwangsverschleppte hat die Kosten für den Transport selbst zu zahlen!
Interessant ist, dass der Zielort Riga genannt wird. Zugleich enthält die Anordnung zahlreiche Elemente der Verschleierung des eigentlichen Zwecks des Transports. So wird die gewaltsam erzwungene Verschleppung als „Evakuierung nach dem Osten" bezeichnet. In anderen Dokumenten heißt es „Abwanderung" oder „Umsiedelung", gelegentlich ist auch vom „Arbeitseinsatz im Osten" die Rede.
(Quelle: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen)



Abschrift.

Bottrop, den 29. 1. 1942.

Betrifft: Abtransport der in Bottrop wohnhaften Juden.

Die nachstehend benannten Juden:
1. Dortort Julius Israel, geb. 21.7.1891 in Zydacow, Polen, wohnhaft Bottrop, Kirchhellener Str. 46
2. Dortort Martha Sara, geb. 30.10.1922 in Bottrop, wohnhaft Bottrop, Kirchhellener Str. 45
3. Krauthammer Josef Salomon, geb. 8.3.1897 in Antonowska wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
4. Krauthammer Auguste Sara geb. Rosenfeld geb. 23.6.98 in Kassel, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
5. Krauthammer Israel Eduard, geb. 7.3.1928 in Borbeck, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
6. Krauthammer Israel Joachim, geb. 3.8.1929 in Borbeck, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
7. Krauthammer Israel Paul, geb. 4.3.1934 in Bottrop, wohnhaft Bottrop, Essener Str. 17
8. Skurnik Israel Jakob, geb. 16.10.1881 in Kurnik, wohnhaft Bottrop, Horster Str. 22
9. Krauthammer Heinz Israel, geb. am 11.9.1925 Bottrop, wohnhaft in Bottrop, Essener Strasse 17

wurden am 24. 1. 1942 abtransportiert.

Die Akte Juden 138,00 sowie die Terminsakte " Judenkartei " haben somit ihre Erledigung gefunden und können weggelegt werden.

gez. Gornik.

Der Leiter des Polizeiamts Bottrop

29. Januar 1942, Auflistung der Bottroper Juden, die am 27. Januar nach Riga deportiert wurden:
Mit der Auflistung dokumentierte das Polizeiamt Bottrop am 29. Januar 1942 den „Abtransport der in Bottrop wohnhaften Juden". Der „Abtransport" erfolgte am 24. Januar nach Gelsenkirchen. „Judenakte" und „Judenkartei" können „weggelegt" werden. Das Polizeiamt Bottrop notiert am 5. Februar, dass „im hiesigen Polizeiamtsbezirk keine Juden mehr wohnhaft" seien. Der bürokratische Vorgang wird abgeschlossen: „ZdA" bedeutet „Zu den Akten".
(Quelle: Stadtarchiv Bottrop)

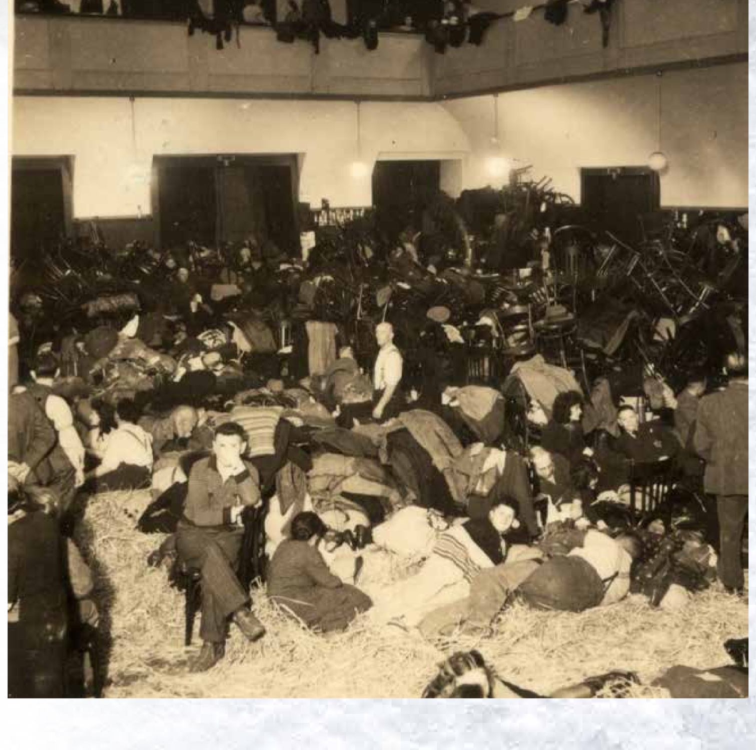
Schilderung eines ehemaligen Gestapo-Polizisten (1963), der am Deportationsgeschehen in Gelsenkirchen 1942 teilgenommen hat:

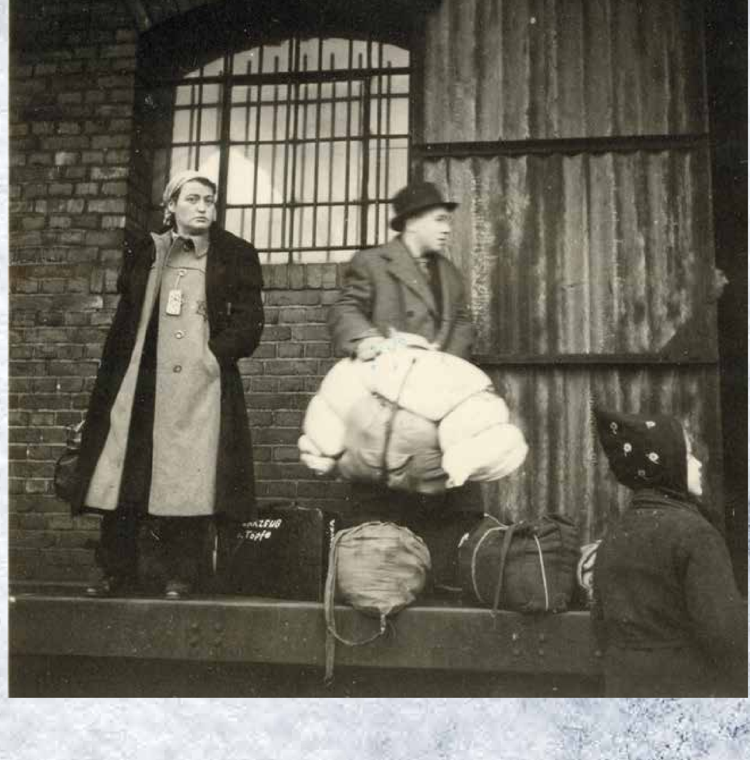
Im Dezember 1962 stellte das Landgericht Bielefeld einen Strafprozess gegen frühere Beamte der Gestapoleitstelle Bielefeld wegen Beihilfe zum Mord ein. Es ging u.a. um die Deportation nach Riga am 13. Dezember 1941 (Münster-Osnabrück-Bielefeld). Einen Monat später entschied die Bielefelder Staatsanwaltschaft, das Ermittlungsverfahren wiederaufzunehmen. Anscheinend waren die konkreten Umstände in Bielefeld nicht ausreichend aufgeklärt worden, so dass der Oberstaatsanwalt anwies, weitere Deportationsgeschehen im Bereich der Gestapoleitstelle Münster zu recherchieren. Aus diesem Grunde wurde am 28. Februar 1963 ein gewisser Robert Schlüter (Jg. 1905) als Zeuge vernommen, der 1938-1943 Leiter der Gestapo-Außendienststelle Gelsenkirchen war. Schlüter hat an der, wie er sagt, „Umsiedlungsaktion" Ende Januar 1942 in Gelsenkirchen teilgenommen.

Frage: *„Warum waren Sie am Bahnhof, als die Juden für den Transport verladen wurden?"*

Antwort: *„Ich war penibel darauf bedacht, daß die Maßnahmen ohne Zwischenfälle durchgeführt wurden. Ich achtete darauf, daß die Verpflegung der Betroffenen sichergestellt war. Ich möchte noch einmal betonen, daß es die erste Maßnahme ihrer Art war und daß ich deshalb persönlich aus menschlichen Gründen an einem reibungslosen Ablauf der Aktion interessiert war."*
(Quelle: Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe)

Städtische Ausstellungshalle am Wildenbruchplatz in Gelsenkirchen, ca. 1938:
Hier wurden 1936 und 1938 die regionalen Gauparteitage der NSDAP abgehalten. Ende Januar 1942 wird an diesem Ort vollzogen, was zum Kernprogramm der Nationalsozialisten zählte: die Deportation der einheimischen Juden „nach dem Osten", der Schritt zur „Endlösung der Judenfrage", dem Massenmord an den europäischen Juden.
(Foto: Institut für Stadtgeschichte - Dokumentationsstätte „Gelsenkirchen im Nationalsozialismus", Gelsenkirchen)





13. Dezember 1941, Szenen der Verschleppung in Bielefeld:
Die Sammelstelle für ca. 420 ostwestfälische Juden befand sich in der Gaststätte „Kyffhäuser". (links) – Vor dem Zollschuppen auf dem Bielefelder Hauptbahnhof wird das Handgepäck aufgenommen. (Mitte) – Der Ordnungspolizist auf dem Bahnsteig weist die Richtung zu den leeren Personenwagen. In den Fenstern sind die Gesichter von Juden zu sehen, die in Münster bzw. Osnabrück einsteigen mussten. Der kurze Kommentar zu diesem Foto in der städtischen Kriegschronik lautet: „Mal ein bisschen dalli! Einsteigen! Einsteigen!" (rechts)
(Fotos: Stadtarchiv Bielefeld)

Topografie des Terrors in Riga: Das Ghetto, die Wälder von Rumbula und Biķernieki, das Lager Kaiserwald

Überlebende des Dortmunder Deportationszugs berichteten viele Jahre später von den katastrophalen Zuständen in den verschlossenen Personenwagen der 3. Klasse: drangvolle Enge, Eiseskälte aufgrund der ausgefallenen Heizung, unsägliche hygienische Zustände wegen der zugefrorenen Toiletten. Besonders in Erinnerung blieb der Trinkwassermangel, der dazu führte, dass tagsüber, wenn es wärmer wurde, Dürstende versuchten, das Schmelzwasser von den Fenstern und Wänden zu lecken. Zur Bewachung der Deportierten stellte die Ordnungspolizei ein Begleitkommando in einem Personenwagen der 2. Klasse mit ca. 15 Polizisten und einem Polizeioffizier als Transportführer.

Paul Salitter (1898-1972)

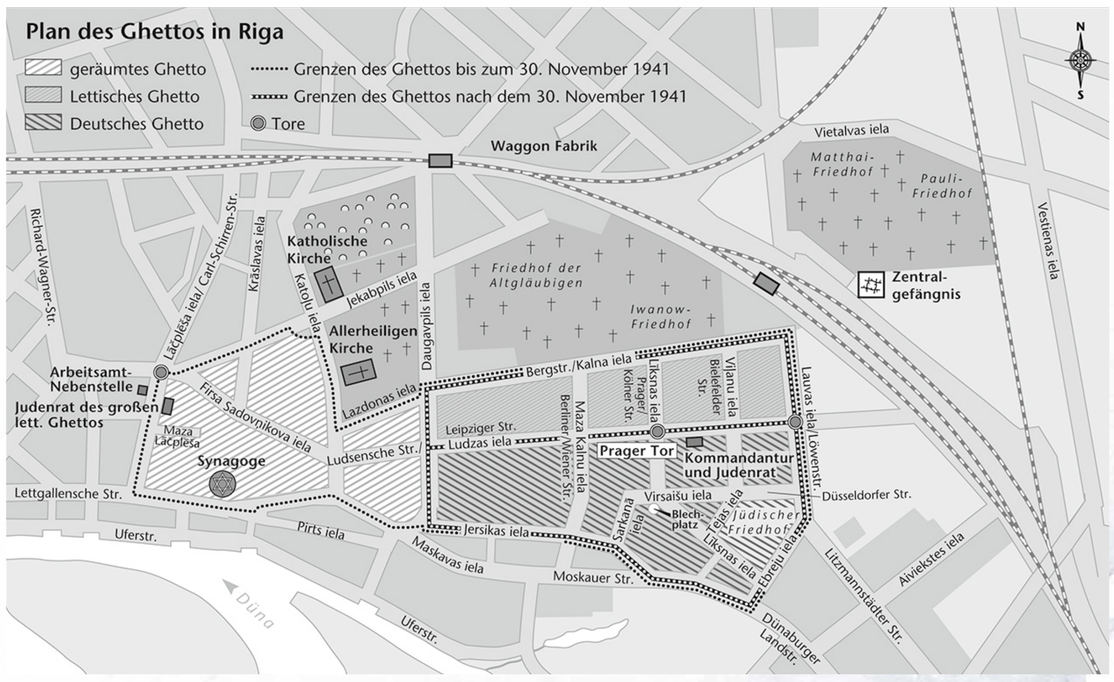
Paul Salitter (1898-1972), Hauptmann der Schutzpolizei in Düsseldorf, verfasste am 26. Dezember 1941 für seine Vorgesetzten einen Bericht über die gewonnenen Erfahrungen als Transportführer des Deportationszugs von Düsseldorf nach Riga (11. Dezember 1941). Er schildert die organisatorischen Missstände bei der Durchführung der Verschleppung per Reichsbahn. Es geht Salitter in erster Linie um eine Optimierung des Ablaufs der Deportation und um das Wohlergehen des Begleitkommandos. Die Deportierten werden vornehmlich wahrgenommen, wenn sie den ordnungsgemäßen Ablauf des Transports gefährden oder gar stören.

„Zur Verabfolgung von Trinkwasser für die Juden ist es unbedingt erforderlich, dass die Gestapo mit der Reichsbahn für je einen Tag des Transports 1 Stunde Aufenthalt auf einem geeigneten Bahnhof des Reichsgebiets vereinbart. Es hat sich herausgestellt, dass die Reichsbahn wegen des festgelegten Fahrplanes nur mit Widerwillen auf entsprechende Wünsche des Transportführers eingeht. Die Juden sind gewöhnlich vor Abgang des Transports 14 Stunden und länger unterwegs und haben die mitgenommenen Getränke vor der Abfahrt bereits aufgebraucht. Bei einer Nichtversorgung mit Wasser während des Transports versuchen sie dann, trotz Verbot, bei jeder sich bietenden Gelegenheit aus dem Zuge zu gelangen, um sich Wasser zu holen."
(Quelle: Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (VEJ), Bd. 6 (2019))

Bahnhof Šķirotava

Nach fünf Tagen erreichte der Dortmunder Transport Riga. Der Zug hielt spät in der Nacht auf dem Bahnhof in Šķirotava, einem Vorort von Riga. Am frühen Morgen des 1. Februar 1942 mussten die Deportierten den Zug verlassen. Die Überwachung der Ankunft lag in den Händen der SS. Die kollaborierende lettische Hilfspolizei trieb die Kolonne der ca. 1.000 Juden vom Bahnhof über 7 km in die Moskauer Vorstadt, einen Stadtteil von Riga. Spätestens auf dem Bahnhof Šķirotava begann für die Bottroper Deportierten der Kampf ums Überleben, verstetigte sich die Angst vor willkürlichen Übergriffen, wurden Gewaltexzesse zur täglichen Erfahrung.

Der Marsch führte direkt in das „Reichsjuden"-Ghetto, das Anfang Dezember 1941 in der Moskauer Vorstadt eingerichtet worden war. Die Vorstadt entstand Ende des 19. Jahrhunderts als ein Arbeiter- und Handwerkerviertel, in dem viele Juden, die aus Russland zugewandert waren, lebten. Schon bald nach der Besetzung Rigas Anfang Juli 1941 hatte das Besatzungsregime beschlossen, die einheimische jüdische Bevölkerung in diesem mit Stacheldraht abgezäunten und bewachten Stadtteil zu „konzentrieren". 1935 lebten mehr als 43.000 Juden in Riga (11,3% der Gesamtbevölkerung). Der Zwangsumzug hatte bis zum 25. Oktober 1941 zu erfolgen, danach wurde das Ghetto abgeriegelt. Ca. 30.000 Juden waren nun auf engstem Raum in heruntergekommenen Häusern im sogenannten „Großen Ghetto" eingepfercht.



Das Ghetto Riga in der Moskauer Vorstadt, Oktober 1941 bis Dezember 1943:
Zuerst diente das „Große Ghetto" von Oktober bis November 1941 der Festsetzung der einheimischen jüdischen Bevölkerung (gepunktete Linie). Nach den Massenmord-Aktionen gegen die lettischen Juden Ende November/Anfang Dezember 1941 wurde der Ghettobereich verkleinert. Ab Dezember 1941 gab es zwei Teilghettos, das „Lettische Ghetto" und das „Deutsche Ghetto", auch „Reichsjuden"-Ghetto genannt (stark gestrichelte Linie). Der nördliche Teil nahm die restlichen lettischen Juden, vornehmlich arbeitsfähige Männer, auf (schwach schraffiert). Im südlichen Bereich wurden ab Dezember 1941 die ankommenden Juden aus dem „Großdeutschen Reich" interniert (stark schraffiert).
(Zeichnung: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. / Deutsches Riga-Komitee; Peter Palm, Berlin)

Jeanette Wolff geb. Cohen (1888-1976)

Jeanette Wolff geb. Cohen (1888-1976) überlebte den Dortmunder Transport, das Ghetto und das Konzentrationslager Kaiserwald in Riga sowie das KZ Stutthof nahe Danzig. Sie wurde verfolgt als Sozialdemokratin, Gewerkschafterin und Jüdin. 1952 bis 1961 gehörte sie für die SPD dem Deutschen Bundestag an. Schon 1947 veröffentlichte sie ihre Erinnerungen an die Nazi-Zeit. Sie berichtet über die Ankunft in Šķirotava:

„Mit Peitschen und Ruten wurden wir von den SS-Leuten aus den Waggons getrieben. Steif vom tagelangen Sitzen, eng aneinander gepfercht, waren die Menschen kaum mehr in der Lage, von den hohen Trittbrettern der Waggons herabzuspringen. Sie wurden hinuntergestoßen, getreten, geschlagen. Man hörte nur noch das Schreien der SS, das Klatschen der Schläge, das Wimmern der Getroffenen."
(Quelle: Jeanette Wolff, Sadismus oder Wahnsinn (1947))

Alexander Bergmann (1925-2016)

Alexander Bergmann (1925-2016), ein lettischer Jude mit russischen Wurzeln, ist 16 Jahre alt, als die Deutschen Riga besetzten. Er überlebte in Riga das Ghetto und das KZ Kaiserwald wie auch die KZ Stutthof bei Danzig und Buchenwald. Er kehrte nach Riga zurück und arbeitete als Rechtsanwalt. Nach der politischen Wende 1989/90 wurde Bergmann Vorsitzender des „Vereins der ehemaligen jüdischen Ghetto- und KZ-Häftlinge Lettlands". Bergmann veröffentlichte seine Erinnerungen auf Russisch (2005), Deutsch (2009) und Lettisch (2011). Die Verfolgungsmaßnahmen begannen mit Diskriminierung und Ausgrenzung und führten innerhalb eines halben Jahres zu Internierung und Vernichtung. Er beschreibt den Tag, an dem er im Juli 1941 im besetzten Riga ein erstes Mal mit dem „Judenstern" auf die Straße gehen musste.

„Keiner der Vorübergehenden schlug mich, keiner spuckte mir ins Gesicht, keiner bedachte mich mit Schimpfwörtern. Sie sahen mich nur an. Aber mit was für einem Gesichtsausdruck! Viele spöttisch, mit unverhohlener Schadenfreude. Die meisten aber völlig gleichgültig. Nur selten bemerkte ich bei ihnen einen mitfühlenden Blick. Es war der reinste Spießrutenlauf für mich. Ich lernte, dass Blicke nicht nur verletzen, sondern wirklich töten können. Ich fühlte buchstäblich einen körperlichen Schmerz."
(Quelle: Alexander Bergmann, Aufzeichnungen eines Untermenschen (2009))

Wald von Rumbula

Ende November 1941, unmittelbar bevor die ersten Deportationszüge aus dem „Großdeutschen Reich" in Riga ankamen, sollte das „Große Ghetto" „freigemacht" werden, um für die ankommenden deutschen Juden Platz zu schaffen. In drei Erschießungsaktionen am 30. November und am 8./9. Dezember wurden etwa 27.500 einheimische Juden im stadtnahen Wald von Rumbula ermordet. Die Gesamtleitung für die Exekutionen hatte der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im Reichskommissariat Ostland, der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln, ein Experte für Massenmorde. Wenige Monate zuvor hatte er die Mordaktionen in der Ukraine bei Kamjanez-Podilskyj (Ende August) und in Babyn Jar (Ende September) organisiert. Beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung der Massaker in Riga waren SS, Sicherheitsdienst, Ordnungspolizei und lettische Hilfspolizei.

„Reichsjuden"-Ghetto 1941-1943

Der erste Transport aus dem „Großdeutschen Reich", dessen Verschleppte in das „Reichsjuden"-Ghetto geführt wurden, kam am 10. Dezember 1941 in Riga an, einen Tag nach der letzten Räumung des „Großen Ghettos". Zuvor hatten schon fünf Transporte Riga erreicht. Die Deportierten des ersten Zugs sind sofort nach der Ankunft in Šķirotava ermordet worden, die der weiteren vier Züge wurden im provisorisch eingerichteten Lager Jungfernhof in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Šķirotava interniert.

Danach füllte sich das „Reichsjuden"-Ghetto, auch „Deutsches Ghetto" genannt, mit jedem weiteren Transport. Zugleich verließen Gruppen von Internierten das Ghetto, z.B. zum Aufbau des Lagers Salaspils. Den Ghettoinsassen wurde eine gewisse Selbstverwaltung gestattet, um z.B. eine Ordnungspolizei zu etablieren und Schulunterricht zu organisieren. Es herrschte eine hohe Sterberate infolge von Hunger, Krankheit und Auszehrung. Spontane Exekutionen seitens der deutschen Ghettoverwaltung – hier tat sich der SS-Obersturmführer Kurt Krause, seit Dezember 1941 Kommandant des Ghettos, hervor – und geduldete Übergriffe der lettischen Hilfspolizei, die das Ghetto von außen bewachte, dezimierten die Ghettobevölkerung.

Auch gezielte Selektionen verringerten die Anzahl der Internierten. Allein mit der „Aktion Dünamünde" wurden im März 1942 etwa 1.900 Arbeitsunfähige ausgewählt und unter dem Vorwand, in Dünamünde zu leichter Arbeit bei der Fischverarbeitung eingesetzt zu werden, in den Wald von Biķernieki geschafft und erschossen. Zwangsarbeit konnte das Leben verkürzen, aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen und des Terrors – oder verlängern, wenn die Arbeitskraft noch ausgebeutet werden konnte. Im Arbeitseinsatz befanden sich Ende 1942 rund 12.000 Juden des Rigaer Ghettos. Etwa 2.000 waren an den Arbeitsstätten in und um Riga kaserniert, 2.000 arbeiteten in Werkstätten innerhalb des Ghettos, mehr als 7.300 wurden in Kolonnen zur Arbeitsstätte geführt.

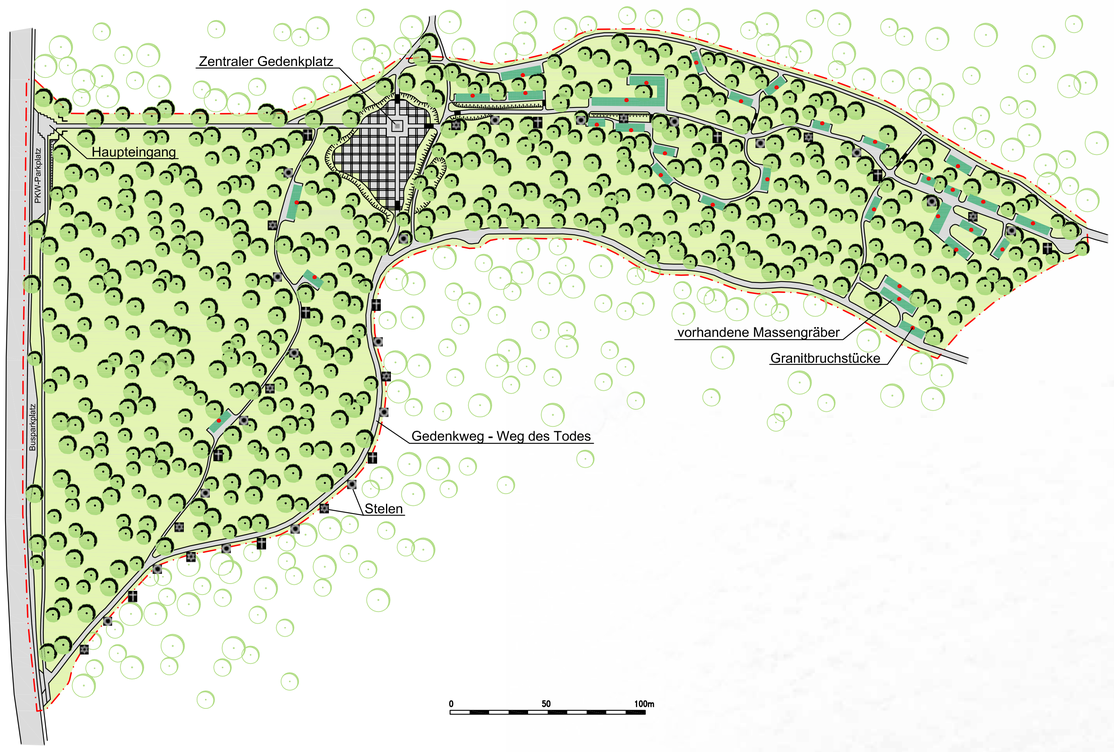
Irmgard Ohl geb. Heimbach (1927-2013)

Irmgard Ohl geb. Heimbach (1927-2013) war 14 Jahre alt, als sie am 13. Dezember 1941, zusammen mit ihren Eltern, mit dem Münster-Osnabrück-Bielefelder Transport nach Riga deportiert wurde. Sie überlebte das „Reichsjuden"-Ghetto und das KZ Stutthoff bei Danzig. In ihren Erinnerungen, erstmals 1947 zu Papier gebracht und seit den 1980er Jahren mehrfach veröffentlicht, geht sie konkret auf den Tag ihrer Ankunft im Ghetto ein. Eine Woche zuvor hatte die letzte Räumung stattgefunden, bei der die lettischen Juden im Wald von Rumbula ermordet worden sind.

„Es wurden uns einige Häuser angewiesen, in deren Räumen wir Wohnungen suchen sollten. Bei Betreten derselben bot sich uns ein schreckliches Bild: Es waren eingerichtete Wohnungen, aber sie waren in einem wüsten Durcheinander. Die Möbel und Kleidungsstücke waren durcheinander geschmissen, die Töpfe standen auf dem Herd, das Essen auf dem Tisch. Allerdings waren die Speisen zu Eis gefroren. Wir standen entgeistert da und wußten weder Rat noch Erklärung. Dann räumten wir den Schmutz beiseite."

(Quelle: Irmgard Ohl, Als Jugendliche im KZ. Erinnerungen an Riga (2007))

Impressionen aus dem Ghettobereich in der Moskauer Vorstadt, Oktober 1941 – Dezember 1943:
Das Schild in der Umzäunung warnt die Passanten in deutscher und lettischer Sprache: „Jeder, der über den Zaun klettert oder durch den Zaun Kontakt mit den Ghettobewohnern aufnimmt, wird unverzüglich erschossen." – Blick auf die Hauptstraße (Ludzas iela bzw. Ludsensche Straße) im Ghetto Richtung Osten, die das jeweils umzäunte „Lettische Ghetto" (links) und das „Deutsche Ghetto" bzw. „Reichsjuden"-Ghetto (rechts) voneinander trennt. Zu Ghettozeiten hieß diese Verkehrsachse „Leipziger Straße". Der Schlagbaum markiert den Eingang zum Ghetto. – Blick auf eine typische Häuserzeile im Ghettobereich mit einem modernen, mehrstöckigen Steinhaus und den traditionellen niedrigen Holzhäusern (Ludzas iela).
(Fotos: Menachem Barkahan (Hg.), Vernichtung der Juden in Lettland 1941-1945 (2008))



Lageplan der Massengräber im Wald von Biķernieki, 2015:
Der Lageplan vermittelt einen Eindruck von der heutigen Gräber- und Gedenkstätte Biķernieki, die 2001 der Öffentlichkeit übergeben worden ist. In der Mitte befindet sich der zentrale Gedenkort. Das Wegenetz führt zu einigen der Massengräber, die durch zurückhaltende Gestaltung kenntlich gemacht sind.
(Zeichnung: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. / Deutsches Riga-Komitee)

Wald von Biķernieki

Der Wald von Biķernieki war neben Rumbula der zentrale Erschießungsort der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in Riga (Juli 1941 – Oktober 1944). In dem leicht hügeligen Waldgelände sind schätzungsweise 35.000 Menschen ermordet und in ca. 55 Massengräbern verscharrt worden. Zu den Opfern zählten einheimische lettische Juden (ca. 8.000), deportierte deutsche Juden (ca. 11-12.000), politische Gegner der Nazis, u.a. Kommunisten und „Partisanen" (ca. 5.000), und nicht zuletzt Kriegsgefangene, also Soldaten der sowjetischen Roten Armee (ca. 10.000). Auch hier in Biķernieki hatte F. Jeckeln die Gesamtverantwortung für die Erschießungen.

Morden und Vertuschen in Biķernieki:
Mit der Besetzung Rigas im Juli 1941 beginnt der Massenmord an den einheimischen lettischen Juden. Jüdische Frauen und Männer sitzen dicht gedrängt im Wald in Biķernieki, sie warten auf die Erschießung in den frisch ausgehobenen Gruben. – Drei Jahre später versucht das Sonderkommando 1005 in einer „Enterdungsaktion" die Gruben zu öffnen, um die Leichen zu verbrennen, die Knochenreste zu zerstoßen und die Asche zu verstreuen. Um die Fässer mit Brennstoff an den Tatort zu transportieren, wurden im Wald von Biķernieki Schienen verlegt.
(Fotos: Menachem Barkahan (Hg.), Vernichtung der Juden in Lettland 1941-1945 (2008))

Konzentrationslager Kaiserwald 1943/44

In Riga spiegelte sich der Widerstreit zwischen den weltanschaulichen Ideologen und den pragmatischen Interessen der Kriegswirtschaft wider. Die einen forcierten die rassistischen Vernichtungsziele, die anderen sorgten sich um die Aufrechterhaltung kriegswichtiger Wirtschaftsbetriebe mit Hilfe der Arbeitskraft der jüdischen Zwangsarbeiter. Mitte Juni 1943 verschärfte sich der Konflikt mit der Anordnung, dass alle Ghettos im Reichskommissariat Ostland in Konzentrationslager überführt werden sollten.

So entstand im Rigaer Vorort Mežaparks (Kaiserwald) ein zentrales Lager mit 17 Außenlagern in und um Riga. Für die männlichen und weiblichen, arbeitsfähigen Internierten bedeutete dies u.a. das Tragen von Häftlingskleidung und das Abscheren der Haare. Die nicht mehr benötigten Insassen des Ghettos sollten „evakuiert", d.h. vernichtet werden wie z.B. im November 1943, als Kinder und Kranke ins Vernichtungslager Auschwitz transportiert wurden. Zu diesem Zeitpunkt war das Ghetto in der Moskauer Vorstadt weitgehend geräumt. Ab August 1944 - mit dem Heranrücken der Roten Armee nach Westen - wurden Häftlinge aus Kaiserwald auf dem Seeweg ins Konzentrationslager Stutthof bei Danzig rückgeführt. Am 15. Oktober 1944 wurde Riga von den Sowjets befreit.

Schicksalswege der Bottroper Deportierten

Julius Dortort und Tochter Martha Dortort

Julius Dortort war 51 Jahre alt, als er Ende Januar 1942 nach Riga deportiert wurde. Er kam 1891 in Ostgalizien zur Welt, in Żydaczów , einer Stadt zwischen Lemberg und Czernowitz gelegen. Diese Region ging 1918 an Polen, heute liegt sie in der Westukraine. Julius Dortort kam 1919 nach Bottrop. Er war mit Klara (Chaja) Rosenmann, 1892 ebenfalls in Żydaczów geboren, verheiratet. Ihre drei Kinder sind in Bottrop geboren: Martha (*1922), Emil (*1924) und Joseph (*1928).

Der Kaufmann Julius Dortort betrieb zusammen mit seinem Bruder Markus ein Bekleidungsgeschäft, das später um eine Möbelhandlung erweitert wurde. Ab 1933 führte er das Geschäft allein als reine Möbelhandlung weiter. Seit 1929 lebte die Familie in der Kirchhellener Straße 46. Dortort engagierte sich seit 1933 in der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld als Mitglied der Gemeindeversammlung und des Synagogenvorstands.

Schulalltag:
Klassenfoto mit Martha Dortort (1. Reihe, 1. v. l.), Lehrerin und Hitler-Portrait an der Wand in der Mitte, ca. 1935
(Foto: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen)

Geschwister Dortort:
Martha, Joseph und Emil (von links nach rechts), ca. 1933
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

Im Juni 1932 erfolgte die Einbürgerung von Julius Dortort. Bis dahin lautete seine Staatsangehörigkeit „Pole (Galizien)". Schon im November 1933 wurde die Einbürgerung „widerrufen", er verlor die deutsche Staatsangehörigkeit und war somit staatenlos. Diese nationalsozialistische Maßnahme wandte sich insbesondere gegen „Ostjuden", die in der Weimarer Republik die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatten. Die Staatenlosigkeit Dortorts war übrigens der Grund, warum er und seine Kinder nicht Ende Oktober 1938 in der „Polenaktion" ausgewiesen worden sind, da nur „Juden polnischer Staatsangehörigkeit" „abgeschoben" werden konnten.

In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden das Geschäft in der Horster Straße 6 und die Wohnung der Dortorts „verwüstet", die drei Kinder misshandelt und inhaftiert. Julius Dortort gab sein Geschäft auf. Seiner Frau Klara blieb die Eskalation der Gewalt seitens des Staates und der Bevölkerung erspart, sie war schon im Mai 1938 verstorben. Nach dem Tod der Mutter führte Martha den Haushalt der Familie weiter. Vater und Tochter wurden am 27. Januar 1942 von Gelsenkirchen über Dortmund nach Riga deportiert. Was ihnen in Riga widerfahren ist, wissen wir (noch) nicht.

Meine Lieben!
Endlich haben wir Gelegenheit
Euch ein Lebenszeichen zu schicken
Wir befinden uns bei bester Gesund-
heit u. hoffen dasselbe von Euch. Alles
andere mündlich. Geben Sie bitte
Herrn Bergmann & Oberbetten u. 2
Kissen, wie auch 300 RM zu dem Ver-
bringer. Können Sie größtes Zeichen
haben. Viele Grüße u. Küsse sind
an Einbach Eure Martha
Julius

Eine rätselhafte Mitteilung von Julius und Martha Dortort aus Riga:
„Meine Lieben" – so beginnt die kurze Mitteilung, die Julius Dortort und seine Tochter Martha mit ihren Vornamen unterschrieben haben. „Endlich haben wir Gelegenheit, Euch ein Lebenszeichen zu schicken. Wir befinden uns bei bester Gesundheit u. hoffen dasselbe von Euch. Alles Andere mündlich." An wen richtet sich der undatierte Brief, der offensichtlich von Martha geschrieben wurde? Wer ist im zweiten Teil der Mitteilung mit Herrn Bergmann gemeint, dem Bettwäsche und Geld ausgehändigt werden sollen?
Das Brieflein sollte durch die „Deutsche Dienstpost Ostland" an Albert Bergmann in Riga geschickt werden. Die angegebene Adresse „Weidendamm 31" in „Riga / Ostland" steht in Verbindung mit der Kommandantur des KZ Kaiserwald, errichtet seit März 1943. In der Adresse wird zudem ein „Werk" genannt. In der Nähe befanden sich Betriebe der Reichsbahn und des Heereskraftfahrparks der Wehrmacht. Gehörte A. Bergmann zum Personal dieser Betriebe? Kannten sich J. Dortort und A. Bergmann aus Bottroper Zeiten? Sollte Bergmann, der im Brief als vertrauenswürdig beschrieben wird, den Gruß an Verwandte oder Freunde mit nach Deutschland nehmen, wenn er dort auf Heimaturlaub war? Ließ sich Bergmann die Überbringung des Kassibers bezahlen?
Eine Kopie des Briefs übergab Joseph Dortort, das jüngste Kind der Dortorts, das der europaweiten Verfolgungspolitik des Nationalsozialismus entkommen konnte, dem Stadtarchiv Bottrop bei einem Besuch in seinem Geburtsort im Jahr 2004.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

Das Geschäft Dortort, Horster Straße 6:
Julius Dortort steht mit einer Mitarbeiterin vor dem Geschäft, ca. 1930. Der Schriftzug über dem Schaufenster weist die Gebrüder Dortort als Inhaber aus, die, wie auf der Hauswand rechts zu lesen ist, „Möbel – Konfektion – Manufakturwaren" anbieten. – Am Morgen des 10. November 1938 sind die Verwüstungen der Pogromnacht deutlich zu sehen. Die Aufnahme stammt aus dem Foto-Album der SA-Standarte 15 Bottrop.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop) / (Foto: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen)

Vater und Tochter sind im Juli 1944 bei der Auflösung des Konzentrationslagers Kaiserwald mit Rückführungstransporten in die Konzentrationslager Dachau bei München bzw. Stutthof bei Danzig gelangt. Das Zugangsbuch des KZ Dachau verzeichnet, dass Julius Dortort am 29. Juli 1944 dort angekommen ist. Ein halbes Jahr später, am 18. Januar 1945, taucht sein Name auf einer Liste des Außenkommandos Kaufering auf, die die „durch Tod abgegangenen" Häftlinge aufführt. Martha Dortort ist am 19. Juli 1944 im Konzentrationslager Stutthof „eingeliefert" worden, wo sich die Spur der Zweiundzwanzigjährigen verliert.

Die beiden jüngeren Brüder Emil und Joseph Dortort wurden im Februar 1939 zu Verwandten in Belgien gebracht. Nach der Besetzung Belgiens durch die Wehrmacht gelangten sie mit einem Kindertransport nach Südfrankreich. Die Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuz hatte im Schloss La Hille nahe Toulouse ein Kinderheim eingerichtet. Anfang März 1943 wurde Emil vom Sammellager Drancy bei Paris ins Konzentrationslager Majdanek bei Lublin verbracht, wo er ermordet wurde. Joseph schloss sich 1944 im Alter von 16 Jahren dem bewaffneten Widerstand an und kämpfte gegen deutsche und französische Faschisten. Er überlebte als Einziger seiner Familie.

Ehepaar Josef Salomon Krauthammer und Auguste geb. Rosenfeld mit den Söhnen Eduard, Joachim und Paul

Auch Josef Salomon Krauthammer stammte wie Julius Dortort aus der ostgalizischen Region zwischen Lemberg und Czernowitz. Er wurde 1897 in Antonowska in der Nähe von Tłumacz geboren. 1914 kam er nach Bottrop, wo sich ein Jahr zuvor sein älterer Bruder Adolf Krauthammer niedergelassen hatte. 1926 heiratete Josef Krauthammer Auguste Rosenfeld, die 1898 in Kassel zur Welt kam. Das Ehepaar hatte drei Söhne, Eduard (*1928), Joachim (*1929) und Paul (*1934), die in Essen-Borbeck und Bottrop geboren wurden.

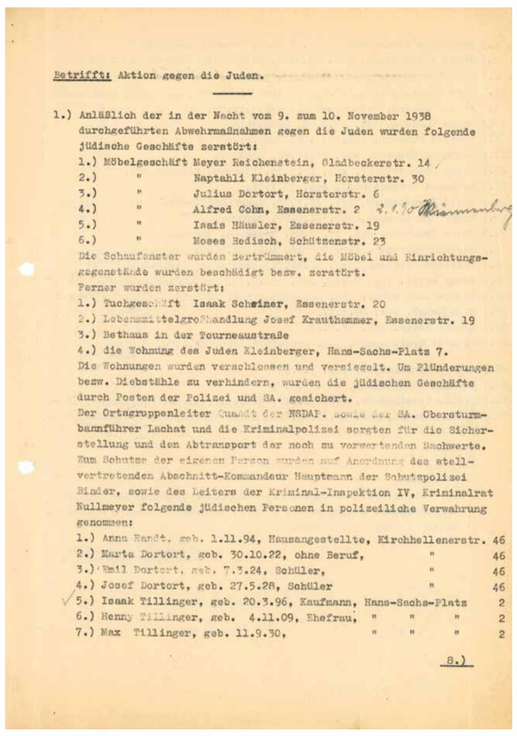
Josef Krauthammer hatte eine Eier- und Lebensmittel-Großhandlung, erst in der Prosperstraße 10, dann in der Essener Straße 19. Die Familie wohnte ab 1933 in der Prosperstraße 21, ab 1938 in der Essener Straße 17. Josef Krauthammer wurde im Oktober 1929 deutscher Staatsangehöriger, auch er wurde im November 1933 für staatenlos erklärt. Josef Krauthammer war seit 1933 in der Synagogengemeinde Bottrop-Osterfeld als Mitglied der Gemeindeversammlung aktiv.

Firmenwerbung 1930
(Quelle: Stadtarchiv Bottrop)

Familie Krauthammer blieb von der Zwangsausweisung („Polenaktion") Ende Oktober 1938 verschont. Wenige Tage später wurde die Familie Opfer des Pogroms vom 9. auf den 10. November 1938. Das Geschäft wurde „zerstört". Josef Krauthammer konnte sich erst verstecken, wurde aber später von gewalttätigen Bottropern durch die Schaufensterscheiben seines Geschäfts gestoßen. Auguste Krauthammer und die Söhne Eduard und Joachim, gerade einmal elf und neun Jahre alt, wurden im Bottroper Polizeigefängnis inhaftiert und am nächsten Tag wieder entlassen.

Die Söhne Eduard und Joachim hielten sich zwischen 1939 und 1941 zeitweilig in Köln auf. Ob bei Verwandten, ob in jüdischen Kinderheimen oder Handwerkerschulen und Ausbildungszentren als Vorbereitung für die Auswanderung nach Palästina - bislang konnten aufgrund der schwierigen Quellenlage noch keine Nachweise erbracht werden. Im Dezember 1941 war die fünfköpfige Familie wieder vollzählig in Bottrop versammelt. Am 24. Januar 1942 wurde sie nach Gelsenkirchen verbracht, um am 27. Januar über Dortmund nach Riga deportiert zu werden.

Am 4. August 1944 sind Josef Krauthammer und seine Söhne Eduard und Joachim mit einem Rückführungstransport im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig angekommen. Was ist mit ihnen im KZ bzw. in den vielen umliegenden Außenlagern passiert? Wo sind Auguste Krauthammer und der jüngste Sohn Paul verblieben? Das Amtsgericht Bottrop erklärte am 25. Januar 1950 die fünfköpfige Familie Krauthammer „am 8.5.45 für tot".



Betrifft: Aktion gegen die Juden.

1.) Anläßlich der in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 durchgeführten Abwehrmaßnahmen gegen die Juden wurden folgende jüdische Geschäfte zerstört:
1.) Möbelgeschäft Meyer Reichenstein, Gladbeckerstr. 14
2.) " Naptahli Kleinberger, Horsterstr. 30
3.) " Julius Dortort, Horsterstr. 6
4.) " Alfred Cohn, Essenerstr. 2
5.) " Isaia Häusler, Essenerstr. 19
6.) " Moses Hedisch, Schützenstr. 23
Die Schaufenster wurden zertrümmert, die Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden beschädigt bezw. zerstört.
Ferner wurden zerstört:
1.) Tuchgeschäft Isaak Scheiner, Essenerstr. 20
2.) Lebensmittelgroßhandlung Josef Krauthammer, Essenerstr. 19
3.) Bethaus in der Tournesustraße
4.) die Wohnung des Juden Kleinberger, Hans-Sachs-Platz 7.
Die Wohnungen wurden verschlossen und versiegelt. Um Plünderungen bezw. Diebstähle zu verhindern, wurden die jüdischen Geschäfte durch Posten der Polizei und SA. gesichert.
Der Ortsgruppenleiter Quandt der NSDAP. sowie der SA. Obersturmbannführer Lachat und die Kriminalpolizei sorgten für die Sicherstellung und den Abtransport der noch zu verwertenden Sachwerte.
Zum Schutze der eigenen Person wurden auf Anordnung des stellvertretenden Abschnitt-Kommandeur Hauptmann der Schutzpolizei Binder, sowie des Leiters der Kriminal-Inspektion IV, Kriminalrat Nullmeyer folgende jüdischen Personen in polizeiliche Verwahrung genommen:
1.) Anna Randt, geb. 1.11.94, Hausangestellte, Kirchhellenerstr. 46
2.) Marta Dortort, geb. 30.10.22, ohne Beruf, " 46
3.) Emil Dortort, geb. 7.3.24, Schüler, " 46
4.) Josef Dortort, geb. 27.5.28, Schüler " 46
5.) Isaak Tillinger, geb. 20.3.96, Kaufmann, Hans-Sachs-Platz 2
6.) Henny Tillinger, geb. 4.11.09, Ehefrau, " " " 2
7.) Max Tillinger, geb. 11.9.30, " " " 2

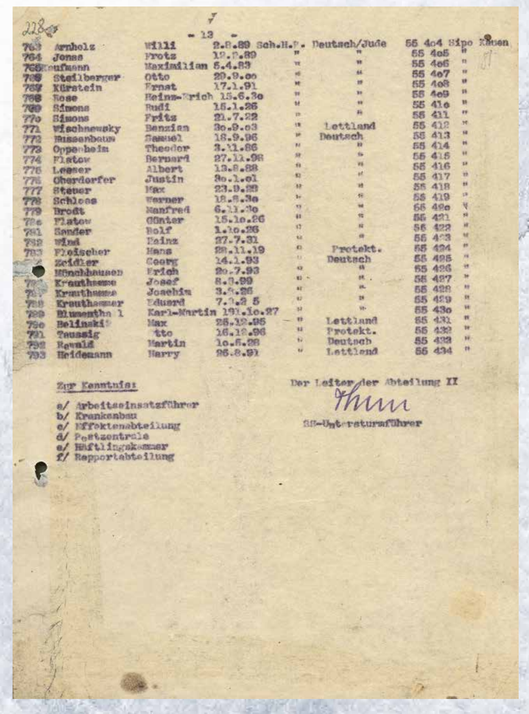
8.)

10. November 1938, Bericht des Polizeiamts Bottrop zur „Aktion gegen die Juden":
Insgesamt werden acht „jüdische Geschäfte", das „Bethaus" und eine Wohnung, die „zerstört" wurden, aufgelistet. Es folgt die Aufzählung der 31 „jüdischen Personen", die in der Pogromnacht „in polizeiliche Verwahrung" genommen wurden.
(Quelle: Stadtarchiv Bottrop)

Heinz Krauthammer

Heinz Krauthammer, geboren 1925 in Bottrop, wohnte seit Februar 1941 bei seinem Onkel Josef Krauthammer. Im Januar 1941 war sein Vater Adolf Krauthammer gestorben. Seine Mutter Cilli Krauthammer befand sich seit 1937 in der Heilanstalt Münster und wurde am 27. September 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg im Rahmen der „Euthanasie"- Aktion T4 ermordet. Die wesentlich älteren Brüder Max und Walter waren schon früh nach Palästina geflüchtet. Heinz lebte 1939/40 in einem Israelitischen Kinderheim in Köln und in einer Ausbildungsstätte auf Gut Winkel in Spreenhagen (Brandenburg), wo junge jüdische Menschen auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitet wurden.

Der Vollwaise Heinz Krauthammer wurde, zusammen mit der Familie seines Onkels, am 27. Januar 1942 von Dortmund nach Riga in das „Reichsjuden"-Ghetto verschleppt. Am 16. August 1943 erfolgte die Überstellung in das KZ Kaiserwald in Riga, am 9. August 1944 in das KZ Stutthof und wenige Tage später in das KZ Buchenwald bei Weimar. Am 16. September 1944 wurde er ins Buchenwalder Außenlager „Bochumer Verein" verschleppt, also in unmittelbarer Nähe zu seinem Geburtsort. Am 21. März 1945 ging es zurück in das Stammlager Buchenwald. Hier verliert sich die Spur des Zwanzigjährigen. Die Befreiung Buchenwalds durch amerikanische Truppen am 11. April 1945 hat Heinz Krauthammer aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erlebt.



4. August 1944, Konzentrationslager Stutthof bei Danzig:
Josef Krauthammer und seine Söhne Eduard und Joachim, beide noch nicht volljährig, werden von der Stutthofer Lagerverwaltung registriert. Die Geburtsdaten der drei Krauthammers sind nicht korrekt. Die Krauthammers erhalten die Häftlingsnummern 55 427 – 55 429.
(Quelle: Gedenkstätte / Museum KZ Stutthof, Polen)

Jakob Skurnik

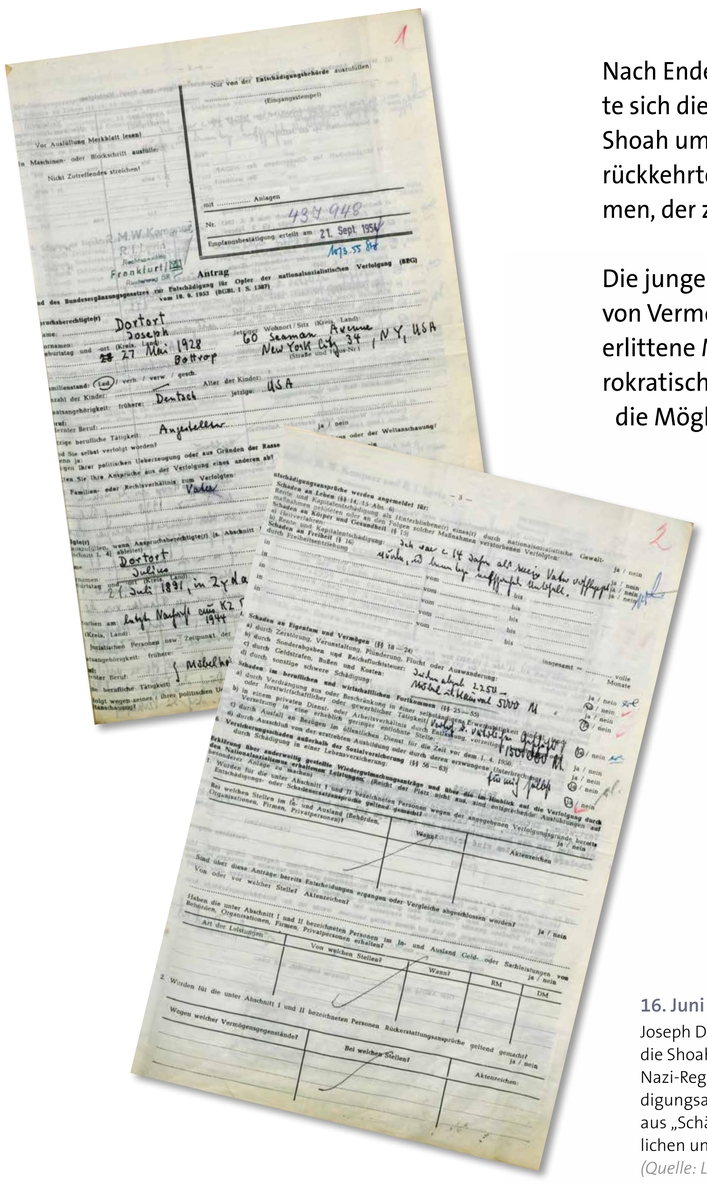
Über Jakob Skurnik ist bislang sehr wenig bekannt. Er wurde 1881 in Kórnik in der Nähe von Posen geboren. Seit 1914 wohnte er in Bottrop. Er nahm in den Jahren 1915/16 am Ersten Weltkrieg teil. Ab 1931 wohnte er in der Horster Straße 22. Der Kaufmann war seit ca. 1925 Inhaber der Möbelhandlung von Benno Heimberg, Horster Straße 20. Im August 1937 ließ er das Geschäft aus dem Handelsregister streichen. In der Pogromnacht des 9./10. November 1938 wurde Jakob Skurnik inhaftiert. Am 27. Januar 1942 wurde er, mit den anderen acht Bottropern, von Dortmund nach Riga deportiert. Sein weiteres Schicksal ist unaufgeklärt.

Nach 1945: Gedenken und Erinnern an die Opfer der Shoah

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war die zentrale Frage: Wie geht es jetzt weiter? Viel zu selten stellte sich die konkrete Frage: Wie geht die Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft mit den Opfern der Shoah um, den Ermordeten wie den Überlebenden, wie mit den Menschen, die in ihre alte Heimat zurückkehrten oder in ihrer neuen Heimat im Ausland verblieben? Und später: Wie mit ihren Nachkommen, der zweiten Generation der Betroffenen?

Die junge Bundesrepublik konzentrierte sich auf die materielle „Wiedergutmachung": Rückerstattung von Vermögenswerten, die den NS-Verfolgten entzogen worden waren, und Entschädigung für die erlittene Minderung von Lebenschancen der Verfolgten und ihren Nachkommen. Dieser Weg war bürokratisch, fiskalisch, juristisch, und daher häufig sehr belastend für die Betroffenen. Aber er bot auch die Möglichkeit, dass die Opfer ihre Geschichte mitteilen und ihre Rechte einfordern konnten, allerdings ohne breite Öffentlichkeitswirksamkeit. Allein im Landesarchiv NRW (Abteilung Westfalen) finden sich Akten von mehr als 30 Wiedergutmachungsverfahren zu den Bottroper Familien Dortort und Krauthammer.

Eine moralisch-kritische „Vergangenheitsbewältigung" entwickelte sich in Politik und Zivilgesellschaft erst ab den späten 1970er Jahren. Der pauschale Opferbegriff des „Kriegstoten" wandelte sich hin zu den „Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft". Einzelne Opfergruppen werden nach und nach wahrgenommen, NS-Opfer sind nicht mehr „umgekommen", sondern „ermordet" worden. Die Fragen nach Täterschaft und Verantwortung werden drängender. Kollaboration, Widerstand und Selbsthilfe werden zunehmend thematisiert.

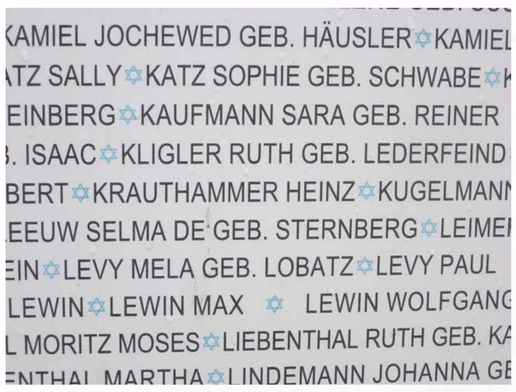


16. Juni 1953, Entschädigungsantrag von Joseph Dortort:
Joseph Dortort, 1928 in Bottrop geboren, überlebte als Jugendlicher die Shoah in Belgien und Frankreich. Er stellte als Verfolgter des Nazi-Regimes und Erbe seines Vaters Julius Dortort einen Entschädigungsantrag. Seine „Entschädigungsansprüche" resultierten u.a. aus „Schäden an Eigentum und Vermögen" und „Schäden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen".
(Quelle: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen)

„Zahlen klagen an – Westfalens Opfer im Hitler-Krieg":
Das Plakat, verbreitet von der Provinzialregierung Westfalen 1947/48, spiegelt die Selbstsicht von Politik und Gesellschaft in der frühen Nachkriegszeit wider. Alle Westfalen sind „Opfer im Hitler-Krieg", die Täterschaft lag ausschließlich bei der Nazi-Staatsführung. Zwar werden die Opfergruppen differenziert, aber die Frage der (Mit-)Verantwortung wird ausgeblendet. Der Kriegsversehrte ist gleichermaßen das Opfer eines „Unglücks" geworden wie der Verfolgte und Ermordete in der Shoah.
(Quelle: Stadtarchiv Münster)

Das Verfolgungs- und Vernichtungsgeschehen wird lokalisiert und personalisiert, lokales und regionales Erinnern und Gedenken konkretisiert Schicksale und Ereignisse. Biografien werden rekonstruiert, von der örtlichen, familiären Herkunft bis hin zum Ende in den Ghettos und Lagern. Authentische Tatorte werden entdeckt, in der Heimat wie in ganz Europa. Gedenkstätten und historisch-politische Bildungseinrichtungen entstehen. Multiperspektivisches Denken und Forschen entwickelt sich, unterschiedliche Erinnerungskulturen prägen sich aus. Neue Herausforderungen stellen sich, denn die Generation der Zeitzeugen verstummt, die nachkommende zweite und dritte Generation rückt in den Vordergrund.

12. September 2005, Stolperstein-Verlegung für Julius, Martha und Emil Dortort:
Seit 2005 verlegt der Künstler Gunter Demnig Stolpersteine in Bottrop. Stolpersteine erinnern an Verfolgte und Ermordete der Nazi-Zeit. Sie zeichnen sich aus durch namentliches, individuelles Gedenken am authentischen Lebensort, meistens am früheren Wohnhaus des Opfers. Joseph Dortort (1.v.l.) wohnte 2005 der Verlegung zur Erinnerung an seinen Vater und seine Geschwister in der Kirchhellener Straße 46 bei. Das Foto zeigt ihn zusammen mit Schülerinnen und Schülern des Josef-Albers Gymnasiums Bottrop, die die Patenschaft des Stolpersteins für Julius Dortort übernahmen. 2009 legte G. Demnig auch für Joseph Dortort einen Stolperstein, um so die Familie symbolisch wieder zu vereinen.
(Foto: Stadtarchiv Bottrop)



Namenswand im „Riga Ghetto und Latvian Holocaust Museum":
Das junge Museumsprojekt liegt am Rande der Rigaer Altstadt und der Speicherstadt. Dort befindet sich eine Namenswand, die alle Namen der lettischen Opfer der Shoah in Riga wie auch der deutschen Opfer der 25 Deportationen nach Riga verzeichnet. Unter dem Datum 27. Januar 1942 findet sich auch der Name von Heinz Krauthammer, 1925 in Bottrop geboren.
(Foto: Matthias M. Ester)

Gräber- und Gedenkstätte Biķernieki in Riga:
Der Wald von Biķernieki ist ein nationalsozialistischer Tatort, ein Friedhof und ein Shoah-Gedenkort. Im Bereich der Massengräber ist 2001 eine zentrale Gedenkstätte errichtet worden, die vom Deutschen Riga-Komitee und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge initiiert wurde.
(Foto: Matthias M. Ester)

Namensstein „Bottrop" in Biķernieki:
Das Deutsche Riga-Komitee ist ein Städtebündnis, dem zuerst die 13 Städte angehörten, von denen 1941/42 die 25 Deportationen nach Riga ausgingen. Inzwischen sind 64 Städte vertreten, mehr als die Hälfte davon aus NRW. Somit haben auch zahlreiche Klein- und Mittelstädte erinnerungskulturelle Verantwortung übernommen, um in Riga, am Endpunkt der Verschleppungen, der Bürger und Bürgerinnen jüdischer Herkunft zu gedenken. Am 27. Januar 2019 ist Bottrop dem Riga-Komitee beigetreten. Seitdem erinnert ein Namensstein an die nach Riga deportierten und ermordeten Bottroper.
(Foto: Matthias M. Ester)

(Foto: Stadtarchiv Bottrop)

Ausstellung des Stadtarchivs Bottrop
Konzept, Recherche,
Texte u. Illustrationen: Matthias M. Ester M.A.
Graphikdesign: Nina Golischewski, Stadt Bottrop
Verantwortlich: Heike Biskup, Stadtarchiv Bottrop

bottrop.